

Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung

Abonnementspreis für Bergleute 50 Pfg. pro Monat
 1,50 Mk. pro Quartal frei ins Haus.
 Durch die Post bezogen pro Monat 1,60 Mk.; pro Quartal 4,50 Mk.
 Einzelne Nummern kosten 1 Mt.
 Postzeitungspreisliste Nr. 1758.

verbunden mit
Glück-Auf

Anzeigen kosten die sechsgepaltene Zeile resp. deren Raum
 50 Pfg.
 Bei 6maliger Aufnahme 20 Prozent Rabatt.
 15
 20
 26

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.
 Verantwortlich für die Redaktion: Hr. Langhans, Hüttenarbeiters-Verband.
 Druck und Verlag von H. Wöhrer-Bochum, Johannisstraße 12.

Organ zur Förderung der berg- und hüttenmännischen Interessen.

Achtung Verbandsmitglieder!

Im Monat November muß allerorts die

Urabstimmung

Über die geplante **Krankenzuschusskasse** erledigt werden. Wie unsere Mitglieder wissen, hat die Altenburger General-Verammlung dem Vorstand den Auftrag gegeben, Vorarbeiten zu machen für die Einführung einer Krankenzuschusskasse für die Verbandsmitglieder. Wir kamen also nur dem Auftrage der Generalversammlung nach, als wir in der Nr. 18 dieses Blattes vom 12. Mai ein provisorisches Regulatorium (Statut) der geplanten Zuschusskasse veröffentlichten. In den verfloßenen 6 Monaten ist in Mitgliederkreisen lebhaft über die Zuschusskasse debattiert worden; auch haben wir im Verbandsorgan eine Reihe Artikel in dieser Angelegenheit veröffentlicht. Die Meinungen sind also ziemlich geteilt.

Damit aber jeder weiß, worum es sich handelt, drucken wir nachstehend nochmals den provisorischen Statutentwurf ab, ohne Veränderung. Welche Änderungen hat die nächste Generalversammlung vorzunehmen, wenn die Urabstimmung sich für die Ueberweisung der Angelegenheit an die Generalversammlung ausspricht. Wohlgerichtet: Das Regulatorium ist nur provisorisch! Wer für Schaffung einer Zuschusskasse ist, kann sich in der Urabstimmung dafür aussprechen. Ist die Majorität dafür, dann legt der Vorstand der Generalversammlung das unten abgedruckte Regulatorium vor und die Mitglieder können entsprechende Änderungen antragen.

Regulatorium für die Krankenzuschusskasse.

§ 1. Der Kasse können nur Mitglieder des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenleute beitreten. Der Eintritt ist ein freiwilliger.
 § 2. Ueber 40 Jahre alte Personen sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Eine Ausnahme machen diejenigen, welche am 1. Okt. 1900 dem Verbandsangehörten.

§ 3. Ueber die Aufnahme und den Ausschluß entscheidet der Verbandsvorstand.

§ 4. Das Eintrittsgeld beträgt 1 Mk.; der monatliche Beitrag 50 Pfg. Zu Zeiten außerordentlich gesteigerten Bedarfs (Epidemien etc.) kann die Verbandsleitung einen Extrabeitrag erheben.

§ 5. Die Beiträge werden durch Marken auf der Mitgliedskarte quittiert und abgeholt.

§ 6. Im Krankheitsfalle kann die Verbandsleitung dem Mitgliede der Kasse für jeden Tag 50 Pfg. Unterstützung zahlen, und zwar für alle die Tage, wo auch die Werts- oder Krappschmitt-Krankengeldversicherung die Unterstützung erhöht werden.

§ 7. Die Unterstützung wird unbedingt verweigert, wenn der Betreffende zwei Monate mit keinem Beitrage im Rückstande ist. (Siehe auch § 10.)

§ 8. Die Zuschusskasse ist eine Einrichtung des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenleute und hat der jeweiligen Vorstand derselben auch die Kassenboten (Vertrauensleute) in den einzelnen Orten, nach Anführung der Kassenmitglieder.

§ 9. Die Ortsverwaltungen (Vertrauensleute) erhalten für ihre Bemühungen 10 Pct. der Baarermahne; jedoch sind hiervon alle Ortsverwaltungen (Vertrauensleute) zwei Revisoren und zwei Krankenkassentrollen vor. Die Krankenkassentrollen haben streng gewissenhaft die feiernden Mitglieder zu kontrollieren und von dem Ergebnis ihrer Kontrolle der Ortsverwaltung Mitteilung zu machen. Die Ortsverwaltung (Vertrauensmann, Kassenbote, Revisoren und Krankenkassentrollen) haben die feiernden Mitglieder gegen die übliche Krankenzuschussung geschützt zu werden und dieser entscheidet, ob die Unterstützung gezahlt werden soll oder nicht.

§ 10. Wenn mindestens 20 Mitglieder an einem Orte sich bezeichnen, kann eine Zweigstelle errichtet werden, und ist sodann die Ortsverwaltung zu bestimmen. Sind weniger Mitglieder vorhanden, dann vermittelt der Verbandsvertrauensmann ihre Verbindung mit der Hauptkasse. Die Bezirksvertrauensleute des Verbandes übernehmen dann die Kontrolle.

§ 11. Im Anschluß an die Generalversammlung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes findet auch die Generalversammlung der Krankenzuschusskasse statt. Auf 500 Mitglieder ist ein Delegierter Delegationsmagazin entgegenzunehmen.

§ 12. In Ansehung genommen ist die gänzliche Verschmelzung der Zuschusskasse mit dem Verbands. Sollte sich die Zuschusskasse eher auflösen, so fließt das etwa noch vorhandene Geld in die Verbandskasse.

§ 13. Freiwillig oder unfreiwillig Ausscheidende verlieren jeden Anspruch auf das Vermögen der Kasse.

Die Urabstimmung ist wie folgt vorzunehmen: Der Zeitungsbote trägt jedem Mitgliede einen Stimmzettel (den der Verbandsvorstand aus weißem Papier herstellt) zu. Wer nur für eine Sache ist, schreibt: „Ja!“ Wer nicht stimmt, schreibt: „Nein!“ Der Zeitungsbote holt dann die auszufüllenden Stimmzettel von Hause ab. Die Abstimmung soll öffentlich in Versammlungen vorgenommen werden, da ein Teil der Mitglieder nicht zur Versammlung kommen kann. An der Urabstimmung sollen sich aber **sämtliche** Mitglieder beteiligen, damit die Stimmung derselben genau festgestellt werden kann.

Nachdem der Zeitungsbote die ausgefüllten Zettel eingesammelt hat, während er die Revisoren umträgt, werden Vertrauensleute und Revisoren zusammen, zählend, die Zahl der abgegebenen Stimmen überhaupte; 2. die Zahl der Stimmen die für die Sache ist, welche sich gegen aussprechen. Das **genaue** Resultat wird dem Vorstand sofort mitgeteilt, unterschrieben vom Vertrauensmann und den Revisoren. **Alles das muß bis Ende** der nächsten Generalversammlung, wenn es dem Verbandsvorstande vorliegt, da wir event. der Generalversammlung Rechnung ablegen müssen.

Nachdem: Wer sich mit „Ja“ ausspricht, sagt damit nicht, daß er dem oben abgedruckten Regulatorium in allen Teilen einverstanden ist, sondern erklärt sich lediglich für eine Zuschusskasse, deren Ausgabe der nächsten Generalversammlung überlassen bleibt. — **Nun** kann der Vorstand in allen Revisoren! Jede Ortsverwaltung muß zur Ehre anrechnen, ein vollständiges Resultat der Urabstimmung zu liefern.

Mit Glück auf! Der Vorstand.

Die geplanten Hungerzölle und die Gewerkschaften.

Wirtschaftlicher Niedergang, dessen Ende auf Jahre hinausgeschoben wird von unterrichteter Seite — dazu Vorbereitungen zu Erhöhung der Einfuhrzölle! Unter diesen Zeichen leben wir im deutschen Reich. Daß solche volkswirtschaftliche Widersinnigkeiten möglich sind bei uns, spricht Bände über die traurigen innerpolitischen Zustände Deutschlands.

Bei uns herrscht das Vorrecht. Die Behauptung der Reichsregierung: Jeder Staatsbürger ist vor dem Gesetze gleich! ist nicht mehr wie eine leere Redensart. In der Praxis wird das Staats-Geldverweilen bemessen. Wer Geld hat, kann Kuchen essen, d. h. er ist „Vollbürger“; wer das Nichtigkeitsgesetz, von armen Eltern geboren, nicht mehr die Mühe, wenigstens den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, klagt der hervorragende Rechtslehrer Reichsgerichtsrat Mittelbach, „Verwaltung, Presse, weltliche und geistliche „Volks-„dritten Standes.““ In die Stelle der Lüge und Hyphen traten sich alles ohne Ausnahme beugt.

Im alten Feudalstaat galt als Regel: Zu der Erhaltung des Staates trägt die Gesellschaft ihre Gebete, der Adel sein Blut und neues Staatsrecht gibt, ist es heute im Punkte Zahnen immer noch so wie ehemals. Das Volk, der große Stummel darf zahlen was der Staat braucht und hat dafür das Recht, als Lohnvordruck zu warten, ob es den feingekleideten Herrschaften gefällt, den Trottel fern zu lassen.

Seitdem 1878 Bismarck durch seinen mit Gurrack gewählten Kartelltag die indirekte Besteuerung des Volkes durch Wapfe die Staatslasten tragen müssen. In der königlichen Hofstadt, die indirekten Steuern die „ärmeren Klassen unverhältnismäßig belasten“, besonders durch die Steuern auf Brot und Fleisch „gegen die Unternehmer, Jüdisch Bismarck, nicht von solchen Strapazen und Zweifel für „wesentliche Anforterung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern“ aus, weil man nicht nachrechnen könne, „wieviel kam, was er zahlt — zahlt er überhaupt nichts! So argumentieren nämlich die Organe der Schutzgüter und Brodwucherer.

Jedoch läßt sich sehr gut berechnen, was der Einzelne zahlt“ an indirekten Steuern. Im Durchschnitt 1893/98 sind pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland und 200 Kilogramm Roggen und Weizen verbraucht worden. Da auf 100 Kilogramm eingeführtes Korn dem durch Zoll verheererten Auslandsgetreide mindestens nachfolgt, so (vom jüngsten bis zum ältesten Erdemallex) jährlich **7 Mark** indirekte Steuer allein für Brodgetreide zu zahlen. Für eine fünfköpfige Familie der arme Mann durchschnittlich weit mehr Brod ist, wie der Wohlhabende, dem genügend Fleisch, Delikatessen etc. zur Verfügung stehen, Weiße über den Durchschnitt. Erfahrene Statistiker haben berechnet, daß eine fünfköpfige Arbeiterfamilie allein in Folge ihres durch den Zoll verheererten Brodsumms **45—50 Mark indirekte Steuern** entrichten!

Aber nun sind auch die anderen Lebensmittel mit Verbrauchssteuern belegt. Es treffen Zölle und Verbrauchsabgaben auf

| | |
|-----------------------|-------------|
| 1 Kilogramm Fleisch | 15 Pfennig. |
| 1 " Schmalz | 10 " |
| 1 " Speck | 20 " |
| 1 " Reis | 4 " |
| 1 " Salz | 12 " |
| 1 " Zucker | 20 " |
| 1 " Kaffee | 40 " |
| 1 " Gewürz | 50 " |
| 1 " Tabac (deutscher) | 22 " |
| 1 " (ausländ.) | 85 " |
| 1 Liter Bier | 1 " |
| 1 Branntwein | 28 " |
| 1 Petroleum | 6 " |

Eine nette Liste, nicht wahr! Was man auch in den Mund steckt, deutsche Reich pro Kopf der Bevölkerung nur **2,74 Mark** Bruttoeinnahme an Zöllen (Ein-, Aus- und Durchgangszölle). 1878/79 indirekten Steuerzins im Großen und schon 1890 betrug die Einnahme **4,08 Mark**; 1898 war sie auf **9,24 Mark** gestiegen. Eine ungerechtere System darstellt, läßt sich nicht aufstellen.

Statistisch ist festgestellt, daß bei gleicher Kopfszahl der Familien an indirekten Steuern bezahlt werden bei einem Einkommen

| | |
|----------------------|----------|
| bis 900 Mark | 8—7 Pct. |
| von 8000—30 000 | 4—3 |
| von mehr wie 1 Mill. | 1 |

Unzweifelhaft trägt also der Vermögen beim indirekten Steuerystem bedeutend mehr bei zu den Staatseinnahmen, wie der Millionär. Die kommen. Eine fünfköpfige Familie hat heute etwa **103 Mark** pro Jahr an indirekten Steuern zu entrichten; dabei ist es ganz wohl auszurechnen, was der Einzelne zahlt, nur darf sich das Volk nicht von journalistischen Wuschleppern und Agenten des Großgrundbesitzenden wissen sehr wohl, weshalb sie von einer direkten Reichs-Einkommensteuer nichts hören wollen; dieselbe würde nämlich die Einkommensteuer treffen. Daher hält man fest an das System der Belastung der Volksmasse durch Lebensmittelszölle. Das **entrechtete** der Arbeit trägt die Staatslasten in vornehmer Weise! Es betragen die ordentlichen Einnahmen des deutschen Reiches

| | | |
|---------|---------------|-------------|
| 1880/81 | 455 766 000 | Markt |
| 1890/91 | 1 091 561 000 | 246 648 000 |
| 1899 | 1 809 852 000 | 641 244 000 |
| | | 742 261 000 |

Das trotz dieser Lasten das Volk der Arbeit behauptet wird, als sei es Luft, als gehöre es gar nicht zur Staatsbürgergemeinschaft, ist unsern Lesern bekannt. Wir haben zu zählen, im übrigen aber das zu ersterben. Das große Industrieland Preußen-Deutschland hat innerhörigen Bauern der beschränkte Unterthanenverband mit dem Staatliche einige Bewegung verschaffen wollte.

Mit der jetzigen indirekten Besteuerung ist es aber den Herrschenden noch nicht genug getan. Freilich wachsen ja unsere Staatsausgaben in riesenhafter Weise, und wir stehen erst am Anfang aber das politische, die überall dabei sein will. Dem Geldbedürfnis der Staatskriege nur zu gerne entgegen, da auch sie des „schönen Mammons“ nicht genug kriegen können.

Im 31. Dezember 1903 laufen die Handelsverträge ab, welche Deutschland abschloß mit anderen Staaten. Schon seitdem es Caprioi 1892/93 gelang, mit Oesterreich, Italien, der Schweiz, festsche Zollfuge (Tarife) vereinbart sind und die sog. Meistbegünstigungsklausel eingeräumt ist, hat das Wüten der Hochschulzöllner gegen die Handelsverträge begonnen. Caprioi und sein nun kamen die Repräsentanten der Reichsregierung, vor allen Miquel und Vosadowsky, den Wünschen der Zollkriegeslustigen immer mehr entgegen. Es dürfte am Plage sein, hier eben die Bedeutung und noch recht wenig gekannt sind in unserem Defizitkreis.

Kein Land bildet eine wirtschaftliche Einheit, die gänzlich unabhängig ist von anderen Wirtschaftskreisen. B. B. erhalten wir aus nicht genügend produzierten können für den eigenen Bedarf. Dafür senden wir in die genannten Länder unsere Industrieprodukte (Eisen, Stahl, Holzwaren, Kalfische etc.). England ist noch mehr wie Deutschland auf Getreideimport angewiesen; dafür ist es das erste Exportland in nationalen Volkswirtschaft mit der anderen aus.

Zu früheren Zeiten haben solche Länder, die Ueberflaß an Produkten irgend welcher Art hatten, also auf die Ausfuhr (Export) derselben Wert und Verbilligung erzwungen. Von einer ehelichen Behauptung Boden der Wechselseitigkeit (Reciprocität) war keine Rede. Im Gegengarnern. Kriege zur Erzwingung des Absatzes der heimischen Produkte Opiumkrieg 1840/42; der Krimitrieg 1854/56; ferner der französisch-englisch-japanische Handelsvertragskrieg 1860. Auch der Transvaalkrieg ist nur ein Handelskrieg, unternommen im Interesse englischer Kapitalisten; daß es sich bei den jetzt noch anhaltenden „chinesischen Wirren“ auch nur um Eroberung von Handelsgebieten dreht, dürfte wohl jedem klar sein.

Zwischen den europäischen Kulturvölkern ist aber im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr der friedliche Abschluß wirtschaftlicher Verträge in Vermehrung gekommen. Ja, heutzutage sind diese Verträge Chateaubrand sagte schon, an die Stelle der Diplomaten in die Grundbesitzer der Politik.

Deutschland schloß z. B. mit Oesterreich-Ungarn einen Handelsvertrag ab, der nach Maßgabe eines vereinbarten Tarifs die Einfuhr deutscher Produkte entweder zollfrei oder mit einem bestimmten Zoll land gleichfalls zu denselben Vergünstigungen gegenüber Oesterreich-Ungarn. Ist in dem Handelsvertrag ein Zolltarif für näher bezeichnete Waaren vorgegeben, so nennt man ihn einen **Tarifvertrag**. Wo ein solcher nicht existiert, da ist es den Staaten jederzeit möglich, einen bespolitit, besonders wenn das betreffende Land auf Ausfuhr angewiesen ist, wird darnach trachten, solche Tarifverträge von möglichst langer Dauer (langfristig) abzuschließen, um Zollkriege zu vermeiden. Deutschland ist ein Industrieland ersten Ranges, das unbedingt auf den Export deutscher Unterhändler beim Abschluß der Handelsverträge Rücksicht zu nehmen. Andererseits bedarf Deutschland ausländisches Getreide, Fleisch, Holz, Eisen, Erze etc. Wenn diese Einfuhr durch Zölle erschwert wird, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß das Ausland sich So ist es geschehen vor dem Abschluß der jetzt gültigen Handelsverträge seitens Rußland, Schweiz etc. Dafür, daß in den jetzigen Handelsverträgen Getreide, Fleisch, Hülsenfrüchte etc. mit einem Zoll (Eisenzölle, Kohlenzoll) und die anderen Vertragsstaaten schloßlos gehalten durch ihrerseits auf deutsche Waaren gelegte Einfuhrzölle.

Das Deutschland, sagen wir mit Belgien oder den Vereinigten Staaten von Nordamerika, einen Handelsvertrag abzuschließen, so wird gewöhnlich auch ausgemacht, daß, sollte Deutschland z. B. Oesterreich oder Rußland später günstigere Bedingungen einräumen, diese auch ohne gestanden seien. Eine solche Abmachung nennt man: **Die Meistbegünstigungsklausel**.

Nach Lage der Sache ist Deutschland als Industrieland genötigt, Handelsverträge von langer Dauer, und zwar **Tarifverträge mit der Meistbegünstigungsklausel** mit allen für unseren Handel in Betracht kommenden Staaten abzuschließen.

Dagegen fräuben sich vor allem die Agrarier (Bauern-Vertreter) Obervang. Diese Herren, Agenten des Großgrundbesitzes, wollen keine Handelsverträge, sondern am liebsten den Zollkrieg, da sie wünschend Getreide abschließen können, um so ohne Konkurrenz dem deutschen Bürger ihre Korn zu Ucherpreisen verkaufen zu können. Da es aber ohne Handelsverträge doch nicht mehr geht, verlangen die agrarischen und industriellen Schützöllner (Protectionisten) wenigstens kurze Geltungsfrist und hohe Zölle. Hohe Zölle auf Lebensmittel bedeuten für uns nach den Wünschen der hochadeligen Großgrundbesitzer und ihrer Agenten wie schon ein adeliges Herrchen vorschlug. Aber auch das, was jetzt nachbar wird von den Verhandlungen des „Wirtschaftlichen Ausschusses“ zur Vorbereitung der Handelsverträge“ genügt vollkommen, um den deutschen Arbeiter auf das Empfindlichste zu schädigen.

flirt Bergmannes. Die Forderungen nach Verbesserungen des früheren Gesetzes betr. Invaliditäts- und Altersversicherung sind von niemandem energischer vertreten worden als von den Abgeordneten, zu denen Sachsse gehört; dem Zentrum verbanken wir nicht wenige Wirkungen bei der Verbesserung dieses Gesetzes.

Lehnlich steht es mit der Forderung der Ausschüsse u. dergl. Das alte Gute hat Sachsse im Reichstage besser und wärmer verteidigt als der Hebrer der Zentrumspartei, davon heißt die Maus keine Fabel ab.

Das neue Schlechte (Recht auf Arbeit) hat Sachsse abgelehnt; mit Recht. Es wäre Demagogie, heute für ein solches „Recht“ zu agitieren.

Ob nach diesem den Artikelbandwürmern über die „ungerechten Vorwürfe“ und das Recht auf Arbeit noch neue folgen werden? Die Redaktion der „Praca“ hätte gut, sich diese Frage von den Mitgliedern des Deutschen Verbandes beantworten zu lassen; es giebt unter ihnen mehr tüchtige Leute, als sie nach dem, was sie ihnen an geistiger Kraft austraut, zu glauben scheint.

Gegenseitigkeitsverträge der Knappschaffsklassen.

In Deutschland bestehen zur Zeit 188 Knappschaffsvereine mit zusammen etwa 600 000 Mitglieder. Darunter giebt es Vereine, die nur 16, 20, 30, 50, 100 Mitglieder haben, nur auf ein Werk beschränkt sind. In vielen Vereinen hat der Neuaufgenommene ein Eintrittsgeld zu zahlen, in fast allen ist er gezwungen, in der Pensionskasse zu steuern.

Da wir nicht mehr in einem Kleinstaat, sondern in einem großen Reiche leben, das die Freizügigkeit besitzt und wo sie schon aus volkwirtschaftlichen Gründen auch erhalten bleiben muß, so entstehen den Mitgliedern der Knappschaffsvereine erhebliche Verluste durch die Benutzung ihres Rechtes der Freizügigkeit. Verläßt nämlich das Mitglied das Vereinsgebiet, so ist er fast regelmäßig seine eingezahlten Pensionsbeiträge los. In manigen Vereinen besteht eine Fortschreibungsgebühr und häufig müssen dies ablehnenden Mitglieder, wollen sie die erworbenen Ansprüche bewahren, auch noch die Beiträge der Werkbesitzer mitzahlen. Daher verzichten viele Arbeiter auf die Erhaltung ihrer Rechte, aber in dem neuen Arbeitsort können sie sehr häufig gar nicht mehr pensionsfähig werden, da sie schon das erforderliche Alter überschritten haben. So entstehen den Arbeitern Verluste in der Höhe von mehreren 100 bis zu 1000 Mark.

Um dieser empfindlichen Benachteiligung zu entgehen, erstreben die organisierten Arbeiter bekanntlich eine einheitliche Knappschaffskasse für das ganze Reich! Um dahin zu gelangen, müssen aber erst Vorarbeiten erlassen werden. Die erste dieser Vorarbeiten ist die **Abgeschlossenheit von Gegenseitigkeitsverträgen** zwischen den einzelnen Klassen.

Durch die Freundschaftlichkeit der Verwaltung des Allgemeinen Knappschaffsvereins zu Bochum sind wir in die Lage versetzt, den Wortlaut des Gegenseitigkeitsvertrages hier mitzutheilen, den genannter Verein mit unten benannten Vereinen abschloß. Der Vertrag lautet (die punktierten Stellen sind entsprechend auszufüllen):

Zwischen dem Knappschaffs-Verein zu Bochum und dem Allgemeinen Knappschaffs-Verein zu Bochum wurde nachstehendes Gegenseitigkeitsverhältnis beiderseits übernahmene ständiger Vereinsmitglieder abgeschlossen.

Der Knappschaffs-Verein übernimmt ständige Vereinsmitglieder des Allgemeinen Knappschaffs-Vereins zu Bochum und dieser hingegen ständige Vereinsmitglieder des Knappschaffs-Vereins zu Bochum und zwar bis zur Altersgrenze von einschl. 30 Jahr.

Die Vereine sind nur dann verpflichtet, die Versorgung des übernommenen Mitgliedes zu übernehmen, wenn die Invalidität nach Ablauf einer fünfjährigen Mitgliedschaft seit der Übernahme eintritt.

Tritt die Invalidität eines übernommenen Mitgliedes vor Ablauf dieser fünfjährigen Verwahrungsdauer ein, so wird es demjenigen Vereine zur Versorgung zurücküberwiesen, welchem es vor der Überweisung angehört hat.

Die Wirksamkeit dieses Gegenseitigkeitsverhältnisses tritt mit dem in Kraft.

- Der vorstehende Vertrag besteht mit nachstehenden Vereinen:
- | | |
|--|---------------|
| 1. Briloner Knappschaffs-Verein | Brilon |
| 2. Anhaltischer Knappschaffs-Verein | Cöthen |
| 3. Arnberger Knappschaffs-Verein | Arnberg |
| 4. Geller Knappschaffs-Verein | Gerdorf |
| 5. Halberstädter Knappschaffs-Verein | Halberstadt |
| 6. Minden-Ravensberger Knappschaffs-Verein | Barthausen |
| 7. Mosel Knappschaffs-Verein | Magen |
| 8. Mansfelder Knappschaffs-Verein | Eisleben |
| 9. Neupreussischer Knappschaffs-Verein | Halle (Saale) |
| 10. Müßener Knappschaffs-Verein | Müßen |
| 11. Meinerzhagener Knappschaffs-Verein | Mechnich |
| 12. Quinter Knappschaffs-Verein | Quint |
| 13. Siegener Knappschaffs-Verein | Siegen |
| 14. St. Wendeler Knappschaffs-Verein | St. Wendel |
| 15. Weglarer Knappschaffs-Verein | Weglar |
| 16. Allgemeiner Knappschaffs-Verein Nassau | Diez |
| 17. Knappschaffs-Verein | St. Goar |
| | Wiesbaden |

Außerdem besteht ein etwas erweiterter Ueberweisungsvertrag mit den Vereinen:

| | |
|--|---------------|
| 1. Knappschaffs-Verein Rheinpreußen | Homburg (Rh.) |
| 2. Wiesberger Knappschaffs-Verein | Dsnabrid und |
| 3. Knappschaffs-Verein der Saar- und Mosel-Bergwerks-Gesellschaft zu Spittel (Lothringen). | |

Durch diesen Vertrag sind die Mitglieder der verbündeten Vereine vor vielen Schäden bewahrt. Es ist hervorzuheben, daß nur 21 von 73 preussischen, 138 deutschen Knappschaffsvereinen im Vertragsverhältnis mit dem Bochumer stehen. Und gerade die beiden schlesischen Vereine, deren Mitglieder im zahlreichsten in das Ruhrgebiet übersiedeln, stehen nicht im Gegenseitigkeitsverhältnis zu dem Allg. Knappschaffs-Verein zu Bochum. Das ist ein großer Mangelstand für die betr. Arbeiter. Mehrere Informationen sind aber die schlesischen Vereinsverwaltungen, die Schuldigen; sie lehnen den Abschluß eines Vertrages ab!

Ist auch der oben abgedruckte Vertrag noch nicht das was wir wollen, so ist er aber doch schon ein guter Wegweiser. Mögen unsere Kameraden in den Knappschaffsvereinen Schlesiens, Mittel- und Süddeutschlands dafür energisch agitieren, daß ihre Vereine ebenfalls das Gegenseitigkeitsverhältnis mit den anderen Klassen ausbauen. Die Arbeiter haben die Verpflichtung, in dieser Richtung zu wirken, um die Arbeiter vor Eigentumsentziehung zu bewahren.

Die Organisation der Bergleute in Oesterreich.

Wien, den 25. Oktober 1900.

Von den deutschen Kameraden seitens unsers Verbandsvorstandes ist Interzessionem der Auftrag zu teil geworden, der Konferenz der Bergleute Oesterreichs zur Informierung der reichsdeutschen Grubenarbeiter beizuwohnen. Ich halte mich daher verpflichtet, trotz des schon in vor. Nr. d. Bl. veröffentlichten Berichtes über die Konferenz, eine persönliche Wahrnehmung in Wien meinen Auftraggebern zu unterbreiten.

Die österreichischen Bergarbeiter haben sich zwar schon seit 1895 einen Zentralverband geschaffen (der jetzt in Wien seinen Sitz hat), aber er konnte bisher nicht recht zur Geltung gelangen, was vielleicht weniger an der Leistung, als vielmehr an der äußerst mangelhaften Einrichtung der Organisation liegen mag. Denn wenn die Distriktsverbände pro Mitglied und Monat 2 Kreuzer bisher abliefern sollten,

und viele Distrikts-Verbände nicht einmal dieser Verpflichtung nachkommen, so ist es offensichtlich selbstverständlich, daß die Leitung des Zentralverbandes mit gebundenen Händen dastand und nicht wußte was bringen sollte.

Der Mangel war auch längst bekannt, viele Führer der Bergleute haben öfters auf denselben hingewiesen und eine Aenderung herbeigeführt, bisher aber vergebens.

Als in diesem Frühjahr der Streit in Oesterreich so schnell und ausbreitete hereinbrach und sich laminarartig auf alle Grubenreviere ausdehnte, und als es dann vielerorts nicht nur an einer einheitlichen Direktion und Taktik, sondern namentlich auch an den erforderlichen Geldmitteln mangelte, da empfanden die Bergleute aller Reviere, daß ein einheitliche zentrale Organisation und die Beschaffung von Geldmitteln (Widerstandsfonds) das notwendigste Erfordernis sei.

Freilich wurden auch Stimmen laut, die dem bisherigen Zentralvorstande Vorwürfe machen wollten und ihn viel schärf kritisierten. Vorher nach dem Obengesagten blühten es nur Wenige sein, die den Zentralvorstand beistimmten. Sondern es brach immer mehr die Ueberbündelung unter den Organisierten durch, daß ein wirksamer Ausbau der Zentralorganisation nötig sei.

Im diesbezügliche Schritte zu thun, tagte bereits am 19. August dieses Jahres in Wien eine Vorkonferenz von Delegierten aus fast sämtlichen Revieren Oesterreichs, deren schließliches Ergebnis war, daß der bisherige Zentralverband ausgetilgt wurde, um an seine Stelle in Exekutiv-Komitee zu wählen, welches eine lose Verbindung aller Distrikts- und Landesverbände der Bergarbeiter Oesterreichs herbeiführen sollte.

Der vom 14. - 16. Oktober in Wien tagenden Reichskonferenz, welche ebenfalls von Delegierten aller österreichischen Bergarbeiterverbände besucht war, der außerdem die Mitglieder der Wiener Gewerkschaftskommission, Gueber, Dr. Karpeles und Beer, ferner der Unterzeichnete als Gast beiwohnten, wurden in Bezug auf die Organisationsform zwei Anträge unterbreitet.

Der eine von Distriktsverband Falkenau wollte im Wesentlichen an Stelle des bestehenden Zentralverbandes die Distriktsverbände zur Grundlage der Organisation machen. Die Einzelverbände sollten nur durch ein auf der Konferenz gewähltes Exekutivkomitee miteinander verbunden treten. Außerdem enthielt der Antrag eingehende Bestimmungen über die Schaffung eines Widerstandsfonds (Streifonds) und über die Schachtoorganisationen.

Demgegenüber beantragten die Leiter des Distriktsverbandes Turn und sich alle bestehenden Bergarbeitervereine und Verbände (deren zur Zeit in Oesterreich noch circa 50 vorhanden sind) zu Ortsgruppen des Zentralverbandes umzuwandeln sollten.

Ueber beide Anträge entspann sich eine lange und teilweise erregte Debatte, aus welcher hervorging, daß außer den Vertretern des Falkenauer Verbandes auch die Delegierten des nächststarken Verbandes der Alpenländer (Steiermark etc.) und auch zwei Vertreter der Gewerkschaftskommission sich für den Falkenauer Antrag aussprachen, während ein Vertreter der Gewerkschaftskommission die Delegierten aus Turn, dem Mürzthaler und Karwiner Revier unterstützte. Ich sprach mich natürlich entschieden für die Centralisation aus.

Schließlich brachte der Vertreter der Gewerkschafts-Kommission, Gueber, einen Kompromißantrag ein der angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

Im vollsten Vertrauen auf das bisherige ernsthafte Bestreben des Vorstandes des Zentralverbandes der Bergarbeiter Oesterreichs, die Centralorganisation zu festigen und den modernen Bedürfnissen zu entsprechen, wird der Zentralverband beauftragt, vereint mit dem von der Reichskonferenz eingesetzten Exekutivkomitee den Unterbau der Unionsorganisation zu schaffen, sowie den Ausbau der Centralorganisation der einzelnen Distriktsverbände durch Umwandlung der bestehenden selbstständigen Fachvereine, allgemeinen Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine sowie einzelner lebensunfähigen Distriktsverbände in Ortsgruppen kräftiger Distriktsverbände herbeizuführen.

Die Zeit der notwendigen Siftierung des Zentralverbandes wird nach erfolgter Aktivierung des Exekutivkomitees, nach eigenem Ermessen verfließt.

Ueber den Vorschlag, daß auf allen Werken Schachtoorganisationen geschaffen werden sollen, einigte man sich schnell, weil hierbei weniger abweichende Ansichten zu Tage traten. Es wurde allgemein anerkannt, daß es sehr zweckdienlich sei, wenn jeder Schacht sich eine Organisation schaffe und mit dem jeweiligen Arbeiterausschuß über die Angelegenheiten in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Grubenvorschriften, Unfallversicherung, Behandlung der Arbeiter, Ueberwachung der Betriebe u. s. w. Verhandlungen herbeizuführen könne.

Ebenso herrschten über die weiteren Punkte: Unterstützungswesen, Widerstandsfonds (Streifonds), einheitliche Fachpresse (in deutscher und tschechischer Sprache) und die Minderwertigkeit der bestehenden Bergbauvereine, wenig getheilte Ansichten. Man kam verhältnismäßig schnell zu einheitlichen Beschlüssen. Schließlich wurde noch eine Resolution gefaßt über das neueste große Grubenunglück im Tepliger Revier, für welches die Werkbesitzer verantwortlich gemacht und den Hinterbliebenen kräftige Unterstützung zur Erlangung einer gerechten Entschädigung zugesichert wurden.

Ohne Zweifel ist diese Reichskonferenz der österreichischen Bergleute von hoher Bedeutung. Es ist nur zu wünschen, daß die beschlossene Freizügigkeit, alle Revierführer einschließen, verschwinden und dadurch eine geschlossene Aktion und Taktik ermöglicht wird, die einen besseren Erfolg verspricht als er durch gesplitterte kleine Organisationen möglich ist. Hoffentlich gelingt das schwere aber hochwichtige Werk unserer österreichischen Kameraden. Auch unsern deutschen Bergleuten kann es nicht gleichgültig sein, wie und auf welchem Wege die Organisation unserer Leidensgenossen in Oesterreich vorwärts schreitet. Wir wünschen Gelingen ihres Vorhabens. Dazu ein kameradschaftliches „Gut auf!“ Hermann Sachsse.

Beiträge zur Kohlennoth und zum Kohlenwucher.

Daß die jetzige Kohlennoth in der Hauptsache durch das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat herbeigeführt ist, um hohe Kohlenpreise zu erzielen, dürfte allen, die sich halbwegs mit der Dessenlichkeit etwas beschäftigen, bekannt sein. Nicht so dem „Berliner Tageblatt“. Dasselbe bringt in seiner Nummer vom 9. Okt. d. J. Mittelteil kommt heute aus Rheinland-Westfalen. Die „Rhein-Westf.“ meldet, das rhein.-westf. Kohlenyndikat nehme eine Einschränkung der Produktion in Aussicht. Nachdem nun das „B. L.“ diese Meldung vollinhaltlich aufgeführt hat, fährt es fort: „Diese Mitteilung klingt sonderbar aus verschiedenen Gründen. Bisher galt die Situation der Kohlenindustrie im Gegensatz zu derjenigen anderer Erwerbszweige als eine ungemessen günstig. Und wie dringend die Nachfrage nach Kohle war, ging ja am deutlichsten aus den vielen Erörterungen hervor, zu denen die Kohlennoth noch bis in die jüngste Zeit Anlass gegeben hat. Da kommt die „Rhein-Westf.“ und kündigt eine Einschränkung der Produktion bei dem Kohlenyndikat an. Nun sind allerdings auch wir der Meinung, daß die Depression, unter der große Zweige unserer Industrie und besonders die Eisenindustrie leiden, zu einer Einschränkung des Kohlenbedarfs führen müssen. Aber lassen ihrer Nachfrage nach Kohle rühren ja gerade davon her, daß das Kohlenyndikat statt dem Konjum entgegenzukommen, durch eine Produktionsbeschränkung den Konjum weiter erschweren wollte, so wäre das geradezu ein Schritt auf die Stille, die die öffentliche Meinung genommen hat. Auch würde das Kohlenyndikat seinen bis in die neueste Zeit aufgestellten Behauptungen, daß es an der Kohlennoth keine Schuld trage, in sehr drastischer Weise desavouieren.“

Du armes „Berliner Tageblatt“, du mußt mehr herausgehen unter die Leute, in die Dessenlichkeit, dann würdest du auch diese Mitteilung nicht „höchst sonderbar“ finden. Uns erscheint diese Mitteilung als etwas ganz selbstverständliches. Der Hauptzweck des

Kohlenyndikats ist doch, durch Beschränkung der Förderung künstlich Kohlenmangel, also Kohlennoth, herbeizuführen um die Kohlenpreise in hat oder nicht weiß und wenn es den gegenteiligen Behauptungen des Syndikats geglaubt hat, so wird ihm jetzt wohl ein Selbsthändler Kohlenyndikats mit bekämpfen; solche Unbesonnenheiten können wir schon noch gebrauchen im Kampfe gegen Volksausbeutung und Auswucherung. Ueber wird dies das „B. L.“ lieber nicht thun? Bei seinen nahen Beziehungen zum Unternehmertum ist das letztere als bestimmt anzunehmen.

Gut ist es aber schon, daß das „B. L.“ zur Einsicht gekommen ist, daß das Syndikat an der Kohlennoth mit Schuld ist. Aber es ist nicht nur ein Pöhl auf die öffentliche Meinung, wie das „B. L.“ meint, sondern es ist ein Pöhl auf die staatliche Autorität, daß es möglich ist, daß ein paar Kapitalisten ein ganzes Volk in Noth zu wuchern, durch ihr Gebahren ein ganzes Volk in Noth zu verführen, unternehmen wird. Nun, wenn es sonst Niemand thut, werden sich die Arbeiter selbst noch zu helfen wissen.

Die erhöhten Löhne der Bergarbeiter sind Schuld an den hohen Kohlenpreisen! Diese von den wirtlichen geklagte gemeine, aber wohlbedachte Lüge, welche von einer ganzen Zahl anderer Leute, die nichts anderes lesen als die im kapitalistischen Soth stehende Presse, geglaubt und gebankenlos nachgebetet wird, ist, Das äußert jedoch nichts daran, daß sie von dem an der Sache stark interessierten Publikum immer widerholt wird. Daß aber die Grubenbesitzer und Kohlenhändler die wirtlichen Kohlenwertbeurter sind, dafür beweist es die Händler betrifft, wieder einen bringen. Der „Wochenbericht“, Organ der Großhandelsvereine deutscher Consumvereine, bringt aus Erfurt folgendes:

„In Erfurt besteht eine Kohleneinkaufsgenossenschaft, die nach Möglichkeit bestrebt ist, ihren Mitgliedern billige Kohlen zu liefern. Das mochte nun wohl dem Verein Erfurter Kohlenhändler, die zur Auswucherung des Publikums einen richtigen Kohlenring gebildet haben, nicht recht sein. Sie beschloßen, daß dem Lieferanten der Einkaufsgenossenschaft, Herrn Meyer, die vertragsmäßig festgesetzte Kohlenlieferung entzogen werden solle. Herr Meyer erhielt darauf folgendes Schreiben:

Erfurt, 19. Sept. 1900.

Herrn Otto Meyer, hier!

Iant Beschluß des Ausschusses der Vereinigung Erfurter Kohlenhändler, sind Sie als Schlichter bezeichnet. Ich beziehe mich auf den Schlußpaß unseres Schlußheftes und bebaue Ihnen mittheilen zu müssen, daß ich zufolge obigen Beschlusses, die weitere Zusendung von Briefen an Sie einstellen muß. Einschreiben.

Ernst Schönheing.

Herr Meyer führte darauf durch seinen Rechtsanwalt den Nachweis, daß er berechtigt sei, an Konjum- und Maarenvereine die Lower mit 3 Mk. Aufschlag zu verkaufen, in der That aber mit 15 Mk. Aufschlag verkauft habe, also doch gewiß keine Schleuderei (nein, daß ich schon ein ganz hübscher Prüft, d. G.)! Es wurde daher in der Versammlung fortgesetzt. Jetzt verüchte es der Kohlenring mit der direkten Einschickung, indem es Herrn Meyer folgendes Schreiben sandte:

Erfurt, 21. Sept. 1900.

Herrn D. und Frau L. Meyer, hier!

Trotz der an Sie ergangenen Verwarnung ist es erwiesen, daß Sie Briefen beharrlich unter dem von der Vereinigung Erfurter Kohlenhändler festgesetzten Preis verkaufen. Auf Grund unserer Statuten erhalten wir Ihnen hiermit die zweite Verwarnung und machen Sie gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir im Wiederholungsfalle uns genötigt sehen, Sie nach § 10 unserer Bestimmungen als Schleudrer zu bezeichnen.

Achtungsvoll

der Ausschuss der Vereinigung Erfurter Kohlenhändler, Louis Bader, W. Kunka, Ed. Friedrich.

Also weit Herr Meyer etwas billiger verkauft, will man ihn in geben? Wer den Arbeitern eine etwas billige Kohle zukommen lassen will, der soll zu Grunde gerichtet, wenigstens stark geschädigt werden! Das Volk soll Noth leiden, wenn nur ein paar Unternehmer und Großhändler in Freude leben können. So will es unsere vortreffliche Weggar nicht dem Verein der Kohlenhändler als Mitglied angehört. Wenn die Staatsanwälte nicht vollauf zu thun hätten, um mit dem Arbeiterterrorismus fertig zu werden, so würden wir hier nach ihnen rufen, um einmal Kapitalistenterrorismus vor ihr Forum zu zitieren.

Den Geist, der bei den Kohlenwuchern pardon - Händlern, herrscht, kennzeichnet so recht eine gelegentliche Aeußerung des Herrn Schönheing: „Nun lieber Meyer, wenn wir es jetzt nicht nehmen, wann sollen wir's denn kriegen?“. Wie viele solcher „Schönheinge“ mögen wohl unter den Grubenbesitzern und Kohlenhändlern sein? Wenige sicher nicht.

Bur Reform der Berginspektion.

Die Verlesungsanlage auf „Borussia“

war am 28. Oktober schon wieder Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dortmunder Schöffengericht. Da es sich hierbei um höchstinteressante Enthüllungen handelt, die auch ein großes Schlaglicht auf unsere großen Borussiaprozesse zurückwerfen, so werden wir den Gerichtsbericht in nächster Nr. ausführlich bringen. Diesmal mangelt uns der Raum. Aber so eine Sache veraltet nicht; sie bleibt immer „frisch vom Fraß.“

Eine empfindliche Säue

erzählt die bekannte Kinderausbeutung auf Beche „Unser Fritz“ durch das Essener Landgericht am 29. Oktober. Wie sich unsere Leser erinnern, waren durch die Bergbehörde auf genannter Beche große Verlesungsverletzungen bezgl. der Kinderarbeit entdeckt worden, Ungehelichkeiten, die sich jahrelang hinzogen. So wurde festgestellt, daß zunächst bei der Kohlenverladung entgegen der Bestimmung vom 1. Febr. 1895, monach Arbeiter unter 16 Jahren nicht länger als 8 Stunden und nicht zur Nachtzeit arbeiten dürfen, und wonach zwischen 2 Schichten eine Ruhezeit von mindestens 12 Stunden liegen soll, zahlreiche Ueber-schichten bis zur Dauer von 10 Stunden verfahren wurden, jedoch die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter bis 18 Stunden gebauert hatte. Dazu kommt, die betr. jugendlichen Arbeiter nach Leistung einer solchen Schicht bis zum Beginn der nächsten nur 5 1/2 Stunden Ruhe hatten, und daß ein großer Teil der Ueber-schichten zur Nachtzeit verfahren wurde. Auch in der Schreimerei und beim Lampenputzen wurden Ueber-schichten konstatirt, sowie auch festgestellt, daß an Sonn- und Feiertagen von jugendlichen Arbeitern Viertelschichten gemacht worden waren. Verantwortlich für diese Ueber-tretungen war der Betriebsführer Hohenbahl und die Grubenbeamten Wagner, Schmidt, Frunder, Schäfer, Glitt, Kampe und Weyer, welche von der Bergbehörde die Verantwortung für die gesetzmäßige Ausführung ihres Amtes übernommen hatten. Dabei ist zu bemerken, daß der Grubenvorstand früher schon und zwar im August 1898, auf die Ungehelichkeit der verhängenen Unregelmäßigkeiten betr. Beschäftigung jugendlicher Arbeiter hingewiesen worden war und dabei gleichzeitig die Ofschtheit des Bergwerkes hervorgehoben wurde. Dem Grubenvorstand wurde nun als Gewerbetreibenden Schuld an dem Vergehen zugemessen, weil ihm in den Steiger-Journalen die geringe Höhe der Löhne auf fallen und er dadurch auf eine ungeheuliche Beschäftigung jugendlicher Arbeiter schließen mußte. Die weitere Untersuchung hatte damals ergeben, daß zur Verdeckung der Sachlage nach Einleitung des Verfahrens Aus-rädrungen von Ueber-schichten, Schichtzetteln und Markentrollbüchern stattgefunden hatten, und zwar durch die Beamten Frunder, Wenzel und Strawe, angeblich auf Befehl des Betriebsführers Wagners. Dergleichen hatte Schichtmeister Kampe zusammen mit Wenzel Abdrungen in den Markentrollbüchern des Schachtes II vorgenommen.

Schon am 20. Dezember 1899 beschloß sich das Essener Ge- richt mit dem Falle und verurteilte einige Betriebsbeamte wegen der...

Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung am Reichsgericht ein; im Reichstag erklärte Graf Plochowski gegenüber den Anträgen...

Rohentwurf. Wie's gemacht wird wenn Revision zu erwarten oder gar angemeldet ist. Auf der „Abendrotgrube“...

Werkstätten. Der Bergmann E. klagt gegen die Besetzung „Königsgrube“ wegen Lohnrückzahlung von 6 Schichten; Kläger wurde aber, da die Besetzung nicht Arbeitsordnung berechtigt für 6 Schichten...

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Lohnabzüge - steigende Wertsüberschüsse!

Gekaufte Subjekte behaupten in der Presse, der Arbeiterlohn gehe, be- kanntlich nicht so schnell zurück, wie die Produktpreise. Durch diese Er- zählung soll einmal die Summabilität des Kapitals bewiesen werden...

Man haben wir in den letzten Wochen aber schon mehrfach aus Schlefien, Sachsen und Rheinland-Westfalen mit Nennung von Namen der betreffenden Werke mitteilen können, daß dort Lohnabzüge im großen Ausfange statt- fanden...

Wir sind nun in der Lage, differenziell nachzuweisen, welcher un- geheuerlich er wirtschaftlich ist. Frevel mit dem Lohnabzug begangen wird. Sie wären kaum gerechtfertigt, wenn die Messenüberschüsse der Werke etwas nachließen. Aber beweislich jeder selbst an der Hand der den Wertberichter entnommenen, unten abgedruckten Gewinnziffern, wie standalös getrevelt wird gegen das Gemeinwohl.

Table with 4 columns: Name, 1900, 1899, 1900. Lists various companies and their financial data.

Wir bemerken ausdrücklich nochmals: Es haben Lohnabzüge statt- gefunden, und zwar zu einer Zeit, wo die Gruben- und Hüttenbesitzer - wie die obige Tabelle lehrt - in einfach herausgehender Weise ihre Gewinne steigern!!! B. S. ist aus von Besen der Harpener Bergwerks-Gesellschaft mitgeteilt worden, daß schon im Juli die Reviere- leiter „mit Rücksicht auf die flauere Zeit“ geringere Gebirge ansetzten; im September haben in einigen Revieren der betreffenden Besen allgemeine Lohnreduktionen stattgefunden. Diese „Humanität“ erzählt ihre gebührende Belohnung, wenn wir die Gewinnziffern der Harpener Gesellschaft hierher setzen. Die Gewinnziffern machte Leberziffern:

Table with 3 columns: 1900/1901, 1899/1900, 1898/99. Shows financial trends for different periods.

Und dazu Lohnabzüge für die Arbeiter!!! Jedes Wort der Kritik er- scheint hier; man kann nur hoffen über so viel - Gemeinninn. Was an der Behauptung von dem schmerzlichen Fällen der Produktpreise gegenüber dem Arbeitslohn wahr ist, lehren die von uns reproduzierten Gewinnziffern.

Die Bergarbeiter können nun für ihre Thorheit; sie ließen lieber Alibi und Alibi raub, liegen sich von kapitalistischen Agenten gegeneinander hegen. Man erleben wir Lohnabzüge bei riesenhaft steigenden Unternehmer- preisen. Diese zeigen aber auch dem deutschen Volke, wozu es sich zu wenden hat, wenn es die Forderungen der Kohlensteuerung sucht. Die Berg- arbeiter sind es nicht.

Die Lage der Deutschen Eisenindustrie ist zur Zeit keine rosig, wie wir schon früher darlegen. Aus einer in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ erschienenen Abhandlung geht hervor, daß sich die deutsche Roheisenzeugung im ständig wachsenden Maße fortentwickelte. Folgende Tabelle veranschaulicht das:

Erzeugung, Verbrauch, Ein- und Ausfuhr von Roheisen im deutschen Zollgebiet.

Table with 6 columns: Jahr, Erzeugung, Verbrauch, Einfuhr, Ausfuhr. Shows production and consumption data from 1891 to 1899.

Aus der Tabelle geht hervor daß der Fortschritt in der Erzeugung sich mit bemerkenswerter, namentlich zu den wüsten Sprüngen der amerikanischen Roheisenzeugung in wohlthuendem Gegen- satz der Steilheit vollzogen hat; in keinem Jahre ist ein Rückgang...

Aus den Berggewerbergerichten.

Gesellen. Der Bergmann E. klagt gegen die Besetzung „Königsgrube“ wegen Lohnrückzahlung von 6 Schichten; Kläger wurde aber, da die Besetzung nicht Arbeitsordnung berechtigt für 6 Schichten...

Ferner wurden 3 Klagen zurückgestellt zum neuen Termin, weil noch Zeugen vernommen werden sollen; darunter war auch folgende Klage: „Der Coalsarbeiter W. klagt gegen die Besetzung „Gibernia“ wegen Lohnrückzahlung von 3 Mt. Der Klage liegt folgendes zu Grunde: W. ist mit 3 Mt. wegen willkürlichen Feiern am 20. August (Sonntags) bestraft. Derselbe hatte dem Coalsmeister um Urlaub gefragt, aber keinen erhalten mit der Begründung; er habe für morgen keine Leute übrig. Kläger glaubt sich zu unrecht bestraft, weil man ihn doch nicht zwingen könne Sonntags zu arbeiten. Beklagter sagt mit hierzu folgendes: Kläger ist für willkürliches Feiern am 2. August mit 1 Mt. und am 26. August mit 2 Mt. bestraft, den Coalsarbeitern wird bei der Annahme gleich gesagt; daß sie alle 14 Tage des Sonntags 24 Stunden machen müssen; Kläger sei auch mit dieser Bedingung...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Zum „Girten schreiben“ der Bischöfe hatten sich viele Zentrumblätter dahin geäußert, daß es sich gar nicht gegen die christlichen Gewerkschaften richte und nur durch ein Mißverständnis in die Öffentlichkeit gekommen sei. Demgegenüber schreibt aber die katholische „Ansb. Postzeitung“, augenscheinlich inspiriert von bischöflicher Seite: „Wer das ungebührliche Drängen verfolgte, mit welchem die „christlichen“ Gewerkschaften zur unbedingtesten Neutralität geäußert, und dabei die verdeckte und gewundene Art beobachtete, mit der solches geschah, dem mußten schwere Bedenken aufstoßen. Der Satz „Religion ist Privatangelegenheit“ ist nun einmal theoretisch falsch und praktisch höchst unheilvoll, gleichviel, ob ihn Sozialisten oder Katholiken aufstellen. Die Bischöfe mußten ihre warnende Stimme erheben, und wenn das Freiburger Begleitwort deutlicher war, als das allgemeine Rundschreiben, so wollte es zweifelsohne nur den beim ersten Bekanntwerden des Pastoralen verbreiteten falschen Deutungen entgegenzutreten. Glaube aber die katholische Presse, entgegen der Fuldaer und Freiburger Kommunikation, eine andere Auffassung der „christlichen“ Gewerkschaften für richtig halten zu können, so wäre es leicht gewesen, sich von den Bischöfen informieren zu lassen oder in geeigneter Weise mit Vorstellungen an den Episkopat heranzutreten, um so mehr, als ja nicht ein Girten schreiben vorlag, sondern eine Instruktion ausschließlich für den Klerus. Daß aber die nichtkatholische Welt zu sehen gewonnen wurde, wie zahllose katholische Blätter die Autorität der Bischöfe mit Füßen traten, und daß die katholischen Leher förmlich gegen ihre Bischöfe aufgesetzt wurden und noch werden, ist ein Stachel vor der ganzen Welt, den man nicht tief genug beklagen kann.“

So werden die Zentrumblätter gerüffelt, denen es einfiel, im politischen Interesse an dem Bischofschreiben zu denken. - Die christlichen Gewerkschaften im Alpbthal (Baden) haben in einer Resolution erklärt, daß sie für die Arbeiter daselbst das Recht der freien wirtschaftlichen Organisation in Anspruch nehmen, wie es die Kirche den Unter- nehmer zubilligt. Die Sonne steigt auf!

Ein christlich-sozialer Parteitag, in dem Stöcker über die Thätigkeit des Reichstages Bericht erstattete, hat dieser Tage in Weimar getagt. Aus seinen Verhandlungen erweist einiges Interesse lediglich der Beschluß über die Gewerkschaftsfrage. Es wurde folgende Erklärung mit großer Mehrheit angenommen:

- 1) Hinsichtlich der Gewerkschaftsfrage muß als Ziel betrachtet werden die Einführung obligatorischer Fachgenossenschaften bezw. gesetzlich anerkannter Gewerkschaften.
2) Zur Erreichung ist am besten die Bildung starker inter- konfessioneller, unparteiischer, einheitlicher Gewerkschaften zu empfehlen, für welche Rechtsfähigkeit anzustreben ist, die zu wirtschaftlichem Frieden geneigt, aber zu geschwägigen Vorgehen behufs Erlangung beschwerdender Arbeitsbedingungen fähig sind und die den Schwerpunkt ihrer Wirksamkeit in der Anbahnung langfristiger Tarifgemeinschaften und im Ausbau von Unterstützungsstellen, besonders gegen Arbeits-losigkeit, sehen.
3) Die Erreichung dieses Zieles wird dadurch ersichert, daß die heutige Gewerkschaftsbewegung vielfach gespalten und mehrfach politisch nicht neutral ist. Wo interkonfessionelle Gewerkschaften christlichen Charakters bestehen, ist zu fordern, daß im Vorstand sie beiden Kon- fessionen anerkannte Stellungen haben.
4) Es ist im Allgemeinen ausgeschlossen, daß Mitglieder der christlich-sozialen Partei sich den Zahlstellen solcher Gewerkschaften an- schließen, die satsungsgemäß sozialdemokratisch sind, wie die Sozial- organisationen, oder fremdartiger Propaganda dienen.
Man kann daraus ersehen, was man auf jener Seite unter „Neutralität“ der Gewerkschaften versteht.

Internationale Mundschau.

Bergarbeiterstreik in Frankreich. Die nordfranzösischen Kohlengräber sind in den Ausstand eingetreten. Aus dem Streikgebiet erhalten wir folgenden Bericht: In den Minen von Douges (Pas de Calais) ist der Streik complet, von ca. 3000 Bergleuten sind nur 59 an der Arbeit. Am Freitag Mittag erschienen der Deputierte Berg- arbeiter Wasly in Genin-Vietard. Eine Versammlung war zum Theateraal einberufen; Wasly wies in seiner Rede zunächst den ihm von der Bergwerkgewerkschaft gemachten Vorwurf zurück, daß die Arbeiterpartei den Streik provoziert habe. Die Werksverwaltung hätte ihr Wort nicht gehalten was sie bei der letzten Zusammenkunft in...

Arros gegeben. Die vom 1. April 1900 ab versprochene Prämie von 30 pCt. sei wieder weggefallen und eine bessere Regulierung der Löhne nicht eingetreten; die Schichtlöhne hätten man nach und nach reduziert. Allerdings beziehen manche Arbeiter 8 und 9 Frs. pro Tag, aber viele unserer Freunde kaum 4 Frants. Heute müsse protestiert werden gegen die Nichterfüllung der Vereinbarung von Arros. Unter den gegen die Delegierten vereinbarten Forderungen fände sich auch eine von den Delegierten vereinbarte Forderung, die die Gesellschaft von Douges habe voran zu erledigen: Wir können auch nicht die geringste Lohnerhöhung gemähren, sobald die anderen Gesellschaften ihre Einwilligung nicht dazu geben.“ Wasly schlug dann vor, den Präsidenten der Delegation der Kohlengruben des Nordens und des Pas de Calais aufzufordern eine neue Verammlung nach Arros einzuberufen, welche sich besonders über die Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Löhne schlüssig werden soll. Die herrschende Kohlennoth und das fortwährende Steigen der Kohlenpreise rechtfertigen ein solches Vorgehen. Die am Mittwoch den 24. Oktober gewählten Delegierten haben die Forderungen der Arbeiter in 11 Punkten formuliert, die Wasly in seiner Rede kommentiert. Gefordert wird, eine gleichmäßigere Verteilung der Löhne; ein Minimum von 4,76 Fr. (3,80 Mt.) mit einer Prämie von 40 pCt., 10 pCt. höher als wie sie in Arros vereinbart worden ist; Unterdrückung der Ueberschichten und der Sonnabends-Nacharbeit; die Schleiher sollen 3,50 Fr. (2,80 Mt.) und die Prämie erhalten; die Lehrlinge 4 Fr. (3,20 Mt.) mit allmählicher Steigerung des Lohnes und ebenfalls Auszahlung der Prämie. Für fehlendes Werk- zeug soll kein Abzug mehr gemacht werden ebenso auch nicht für das Fernbleiben von der Arbeit und für Lieferung unreiner Kohlen. Politische, gewerkschaftliche und religiöse Freiheit. Die Ausfuhr der Arbeiter muß genau festgesetzt werden und dieselben sollen nicht ver- pflichtet sein, des Nachmittags vor der festgesetzten Arbeitszeit zu er- scheinen; Entfernung eines mißliebigen Steigers und Schaffung einer vierten Medizinal-Sektion in Courrières. Der Vorschlag eines Arbeiters die Bezahlung nach der Stunde auch bei der Minearbeit zu fordern, wird von Wasly und Evrard als unannehmbar bekämpft; die Gesellschaften würden das nicht bewilligen. Die eben angeführten Forderungen sollen die Delegierten dem Direktor von Douges vor- tragen. Dann wurde die Fortsetzung der Arbeitseinstellung beschlossen. Am Freitag Abend fand in Liévin eine Bergarbeiterversammlung statt, die von ca. 8000 Personen besucht war und nach den Reden des Schatzmeisters der Gewerkschaft Berget und des Vorsitzenden der Versammlung Sellier ebenfalls die sofortige Arbeitseinstellung prokla- mierte. Die Forderungen der Arbeiter der Gruben von Liévin sind fast gleich denjenigen der Bergleute von Douges. Der Streik hat am Sonnabend noch weiter um sich gegriffen und verbreitete sich auch über die Minen von Droocourt und d'Esricourt; auch liegt die Gefahr nahe, daß die Minen von l'Escaupelle mit ergriffen werden. Starke Gewerkschaftsbewegung in Dänemark. Uns geht von der Zentralkommission der dänischen Gewerkschaften ein kleines Druck- zeug zu: „Bericht über die gewerkschaftliche Bewegung in Dänemark, darunter ein Rechenschaftsbericht über die große Ausperrung 1899.“ Es wird darin eine Ausgabe für die Ausperrung von 8 301 100 Mark nachgewiesen. Davon kamen aus dem Auslande 547 701,97 Mt., Deutschlands Arbeiter allein stellten 217 672,82 Mark, ungeachtet der Summen, die einzelne Verbände direkt an die Bruderverbände sandten. Die Ausperrung umfaßte über 40 000 Arbeiter, dauerte etwa 4 Monate und endete wie bekannt mit dem Siege der Arbeiter. Der Plan der Unternehmer, die Arbeiterorganisation zu zerstören, miß- lang. - Was dem vorliegenden Schriftchen besonders Werth verleiht, das ist seine musterghiltige, knappe Darstellung der Gewerkschaftsbewegung in Dänemark. Auf 9 Seiten wird uns ein instruktives Bild der Bewegung von ihren Anfängen (1870) bis zur Gegenwart entrollt. Eine solche Broschüre müßten wir auch über die österreichische, belgische, französische, englische, amerikanische u. Gewerkschaftsbewegung haben, für schnellen Information über ihre Entwicklung und Lage. Auch über die deutsche Gewerkschaftsbewegung fehlt ein solches Schriftchen; viel- leicht giebt die General-Kommission der Gewerkschaften es bald in einer Massenaufgabe heraus. - Von den dänischen Gewerkschaften erfahren wir, daß 1871 die ersten 8 eigentlichen Vereine mit 359 Mitgliedern gegründet wurden. 1899 zählten 81 Vereine, die bei ihrer Gründung nur 3189 Mitglieder hatten, 16 146 Angehörige. Anfangs 1900 zählten 1195 gewerkschaftliche Vereine mit 96 295 Mitgliedern. Berechnet man die Zahl der Gewerkschaftler nach der Masse der organisationsfähigen Berufsgruppen, so sind in Dänemark 76,7 pCt. aller Lohnarbeiter organisiert! Die dänische Arbeiterpartei ist also prozentual weitaus am stärksten organisiert. 1094 Vereine mit 83 110 Mitgliedern gehören dem Bunde der „zentralisierten Gewerkschafts- verbände in Dänemark“ an. Dieser Bund steht direkt auf sozialdemo- kratischen Boden; in seine Leitung wählt der sozialdemokratische Partei- rat zwei Vertreter; der Gewerkschaftskongress sendet zwei Vertreter in den Parteivorstand. Dem Gewerkschaftsbunde können nur solche Ver- eine angehören, die ausschließlich einen genau festgesetzten Beitrag pro Mitglied in den Reservefonds für Kampfwende z. zurücklegen. So werden die niedrigen Beiträge bekämpft. Das Schriftchen weist ziffern- mäßig nach, wie segensreich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder wirkten. Seit den 70er Jahren ist der Stundenlohn um mehr als 70 pCt. gestiegen; die Arbeitszeit ist von 11,3 auf vielfach nur 9 Stunden verürzt worden. Das sind große Errungenschaften zum Wohle der Kultur. Daß die dänischen Gewerkschaften vortreffliche Kampforganisationen sind, haben sie bewiesen bei der für die Arbeiter siegreich beendeten Ausperrung im Vorjahre.

Ueber die Gewerkschaften Spaniens veröffentlicht das „Correspondenzblatt“ (Hamburg) einen instruktiven Artikel, dem wir entnehmen: „Auf dem ersten nationalen Kongreß der spanischen Arbeiter- partei wurde die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung durchgeführt, denn im Anschluß an diesen Kongreß fand im September 1888 die Gründung eines Verbandes aller Fachvereine, der „Union general de Trabajadores de Espana“ statt, herbeigeführt durch Initiative der schon damals ansehnlichen Gewerkschaftsgruppen von Barcelona und Mataro. Freilich war diese Einheit noch sehr problematisch und wenig mehr als ein geistiges Band. Die erste Statistik aus jener Zeit, datirt vom November 1889, weist 27 Sectionen mit 3355 Mitgliedern auf. Aber ihre Zahl stieg bis zum Februar 1893 auf 110 Sectionen (F. A. H. vereine) mit 8848 Mitgliedern, worauf bis zum Jahre 1898 ein Rück- gang an Mitgliedern und besonders an Sectionen eintrat. Folgende Uebersicht dem offiziellen Organ der „Union general“ entnommen, verdeutlicht die Entwicklung des spanischen Gewerkschaftsbundes:

Table with 2 columns: Date, Sectionen, Mitglieder. Shows growth of the Spanish workers' union from 1889 to 1900.

Ueber die Zeit der Kriegswenigen, 1897 und 1898, fehlt jede Statistik. Um so erfreulicher ist der nachfolgende Aufschwung, der sich zunächst nur durch Mitgliederzuwachs der alten Sectionen, seit März d. Jrs. aber auch durch Neugründung bzw. Neuenichung zahlreicher Fachvereine und weiteres Steigen der Mitgliederzahlen bekundet. - Die „Union general Trabajadores“ ist ein Föderationsverband, dem die Unterhaltung eines Sekretariats, die Sammlung statistischer Daten, die Propaganda und die Unterstützung von Ausländern der ange- schlossenen Fachvereine obliegt. Sie erhebt von den letzteren einen laufenden Beitrag, sowie bei Streiks besondere Steuern. Der letzte Klassenabluß weist für die Monate Januar bis Juni 1900 eine Ein- nahme von 3222,16 Pesetas und 75,56 Pesetas vorherigen Bestand also eine Gesamtsumme von 3297,72 Pesetas (1 Peseta gleich 80 Pfg.) auf, der für den gleichen Zeitraum an Ausgaben gegen- überfielen 1528,93 Pesetas.

Das Vermögen der Union betrug Ende Juni 1900 laut Ausweis 2210,68 Pesetas. Das Verbandsorgan, die „Union Obrero“ erscheint nach Bedarf, in der Regel zweimal im Jahr (Februar und August); doch sind seit Erscheinen der Nr. 1 erst 12 Nummern nachgefolgt und vom Februar 1896 bis September 1899 rube die Herausgabe voll- ständig. Die Auflage betrug im März 1900: 18000 Exemplare, etwas mehr als die Mitgliederzahl; daraus geht hervor, daß jedes Mitglied das Organ erhält. Die Statistik, die regelmäßig veröffentlicht wird, läßt die inneren Organisations- und Klassenverhältnisse der ange-

Schloßverein unangeführt; sie bezieht sich nur auf die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder.

Der Sitz der „Union general“, sowie des Nationalsekretariats befindet sich in Madrid, Regulator 24 (Centro Obrero) wofelbst auch die „Union Obrera“ erscheint. Das Nationalkomitee besteht aus einem ersten und zweiten Präsidenten (Buchdrucker Iglesias und Nöhrenmacher Stultaker Caballero), ersten und zweiten Sekretären (Buchdrucker Garcia Quejido und Buchdrucker Jimenez), sowie 25 Beisitzern. Botschafter Nationalsekretär ist Antonio Garcia Quejido, der mit 150 Pesetas Monatsgehalt ange stellt ist.

Die spanischen Gewerkschaften sind meist selbstständige lokale Fachvereine ohne berufliche Zentralisation. Nur die Buchdrucker haben diesen Höhepunkt erreicht; ihre Federation weist sieben Zweigvereine auf. Nicht minder sind aber die Vorbedingungen der Zentralisation in zahlreichen anderen Berufen gegeben. So sind z. B. die Maurer und Maler in neuen Städten, die Steinmetzen in sechs, die Bäcker in sieben, die Schuhmacher in sechs Städten organisiert und manche Berufe, wie die der Maurer, Bäcker, wärdigen leistungsfähigen Organisationen stellen können. Weisen doch die ersten nahezu 6000, die Bäcker gegen 2500 Organisierte auf, für spanische Verhältnisse ganz bedeutende Zahlen. In der romanischen Ländern sehr gering zu sein. Immerhin stellt das Zusammenwirken bei Streiks bereits den Anfang einer zentralistischen Entwicklung dar, und je mehr „Union general“ erstarkt, um so mehr wird sie genötigt sein, die Organisation dauernder und schlagfertiger zu gestalten. Das Beispiel der Buchdrucker wird für die übrigen Berufe vorbildlich wirken. — An Streiks zählt die Abrechnung im ersten Halbjahr 1900 folgende auf: Januar: Möbelsticker in Madrid (bis April); Februar: Gesetzmacher in Madrid (bis März); März: Holzarbeiter in Bilbao und Zimmerer in Gijon, sowie Eisenarbeiter in Madrid (bis Mai); Mai: Klempner in Bilbao (bis Juni) und Dekorationsmaler in Barcelona.

Englische Gewerkschaftsführer im Parlament. Wie häufig die Nurgewerkschaften ist, das haben uns deutlich die verflochtenen englischen Parlamentsdebatten gelehrt. In England sind über 1 1/2 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, eine Macht, wie sie kein anderes Land aufweist. Man kann sich denken, wie diese Macht sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Geltung verschaffen könnte, wenn sie im fortgeschrittenen sozialpolitischen Sinne geleitet wäre. Aber zum großen Teil sind die englischen Gewerkschaften egoistisch bedacht auf die bloße Besserstellung ihrer Berufsgruppe. Da haben sie ja auch großartige Erfolge gezeitigt. Aber um das was außerhalb des Berufs vorgeht, um die Bedürfnisse der Arbeiterklasse als solcher kümmert sich der Durchschnittsgewerkschaftler in England so wenig wie möglich. So ist es auch erklärlich, daß trotz der Kraft der Arbeiterverbände bei der geistigen Parlamentswahl nur 13 Arbeitervertreter unter 689 Abgeordneten gewählt sind! Große Arbeiterverbände mit starker Organisation haben mit Hirsch — Fabrikanten, Grubenbesitzer, Großgrundbesitzer gemischt. Eine Anzahl Arbeitervertreter, so z. B. der Bergarbeiterführer S. Wood, unterlagen den gegnerischen, kapitalistischen Kandidaten, die mit Hilfe organisierter Arbeiter den Arbeitervertreter aus dem Felde schlugen! Da kann man sich nicht wundern, wenn die Arbeitervertretervereine in England so mangelhaft sind. In den Gewerkschaften ist die Elite der Arbeiter organisiert, die aber in unbedingter Verkömmerung und aus häßlichen Egoismus heraus sich um die nichtorganisierten Kameraden und um die sozialpolitische Befreiung nicht oder wenig kümmern. Alles soll allein die Gewerkschaft machen können. Dieser rücksichtslosen, mancherortsigen Standpunkt sucht man in Deutschlands Arbeitererschaft vergebens. Hier sind alle Organisationen, eingeschlossen die christlichen und kirchlich-dunkleren der Ansicht, daß die Arbeiter auch bestimmenden Einfluß auf die Sozialgesetzgebung ausüben müssen. Die Trades-Unionisten werden noch ihre Einseitigkeit bereuen. — Von den gewählten 13 Arbeitervertretern sind fünf — Abraham, Burt, Fenwick, Richard, Wilson — Bergarbeiter, Beamte und Vertreter für Bergarbeiter-Distrikte. Auch Herr Gardie, der früher Bergarbeiter-Agent war, vertritt einen Bergarbeiter-Bezirk. Burns ist von Beruf Maschinenbauer, Bell Eisenbahn-Beamter, Broadhurst Steinbauer, der alte Gremer Gewerkschafter die Berufsstellung der drei Arbeitervertreter, die Irland nach Westminster schick, fehlen nähere Angaben. Ihre Namen und Wahlkreise sind: G. Crean (Südost Cork), J. Mannetti (College Green-Bezirk von Dublin), und John Roche (St. Galway). Alle drei sind als Mitglied des von M. Davitt und W. O'Brien geführten Vereinigten irischen Bundes gewählt. Crean gegen die Fraktion Healy, Mannetti gegen einen Parcellisten. Von Arbeitervertretern, die im aufgelösten Parlament saßen, sind unterlegen: Fr. Madison (Brightside-Bezirk von Sheffield), J. F. Wilson (Middlesborough), W. Steadman (Stepney, London) und Sam. Woods, für den die Liberalen und die organisierten Arbeiter eine außerordentlich intensive Agitation entfaltet, erhielt zwar eine beträchtlich größere Stimmzahl als 1897, wo er bei einer Stichwahl ins Parlament kam, nämlich 7734 gegen 6618, die Unionisten trieben aber noch größeren Zuwachs auf und brachten es von 6239 auf 9807 Stimmen. Auch John S. Wilson und Madison unterlagen vornehmlich den Reservisten, welche die Regierungspartei auftrieben. In Stepney aber sind offenbar eine größere Zahl Wähler zur Regierungspartei übergegangen. So sendet der Arbeitervertreter ins Parlament, der eine davon — Gremer — auch nur gerade mit der schwachen Mehrheit von 24 Stimmen gewählt. Da dies nur dadurch möglich war, daß massenhaft Arbeiter für die Regierungspartei stimmten, steht außer Zweifel, Reynolds Newspaper nennt das neue Parlament mit bitterem Ingrimm das „Parlament der Arbeiter“ im Sinn von: das Parlament, wie es die Arbeiter gewollt haben. Das ist etwas übertrieben, birgt aber ein Stück Wahrheit.

Der Riefenauslaß der amerikanischen Bergleute ist zum großen Teil beendet, wie die Tagespresse meldet. Die Bergwerksbesitzer haben Bohnzulagen und andere Erleichterungen des Arbeiterloos bewilligt. Ein Teil der Arbeiter streikt weiter; sie werden

Knappschäftliches.

Der Ausfall der Knappschäftswahlen am 20. Okt. ist doch noch günstiger gewesen, wie nach den anfänglichen, sehr unvollständigen Meldungen anzunehmen war. So oft wir auch um schnelle und ausführliche Berichterstattung bei Wahlen bitten, gerade so oft ist das vergeblich; daher entstehen viele Mißgriffe, für die wir verantwortlich gemacht werden können. — Zunächst ist in Sprengel Berne ein Arbeitervertreter gewählt worden, wenn auch nicht er, den wir angaben. Eine Versammlung konnten wir nicht abhalten, da die Wähler die Stimmung der Masse nicht kennen lernen; eine Organisation besteht in jenem Bezirk noch nicht. Der schließliche Gewinner ist kein Kandidat, sondern genießt das Vertrauen der Arbeiter. Wir dürfen ihn jedenfalls zur Opposition rechnen. — In dem Gewerkschaftsbezirk (Görz) Zweiter, der „Ergänzung“ giebt dementsprechend den Rath, aus dem Gewerkschaftsverband zu scheiden, wenn er herausgeworfen werden sollte. — In der Sprengel Vogel am, Caterberg (zwei Sprengel) um, die sie siegen die verlegten Gewerkschaften glänzend über die Wähler. — Dagegen haben die Gewerkschaften entgegen der Parole eigene Kandidaten gestellt. Vier Parteien (Verband, Gewerkschaft, Arbeiterverein und die der Verband, wie ausgemacht, den Sprengel erhalten, wenn die Gewerkschaften nur Disziplin hielten. Wenn sie sich jetzt ausbreiten, sie hätten nicht gewußt wie sie daran waren, so ist das eine große Ausrede, denn schon vor Wochen hat der „Ergänzung“ gebietet, daß der Sprengel Bruch vom Verband besetzt würde. Will der Gewerkschaftsverband Disziplin von seinen Mitgliedern, dann muß er die Eigenbrötler im Brucher Bezirk genau so vorgehen, wie im Görz, Christian-Dorffeld und anderen Eigenbrötlingen. — Im Sprengel Westerkamp haben die Gewerkschaften nicht wie wir in Nummer geschrieben, eigene Kandidaten aufgestellt, sondern sie sind bei der Wahl ferngeblieben, wie die Stimmengiffer ausweist. — Der kamen hier auch die Wähler durch! Auf welche blödsinnige

Weise heute noch Bergleute eingefangen werden, bezeugt folgendes „Flugblatt“:

Achtung! Kameraden leset und staunet, sie sind einig, die sich sonst immer bekämpfen, (die Kameraden vom alten und vom christlichen Verband) die Einigkeit geht sogar so weit, daß diejenigen, welche nicht mit den Nachern durch die Däm gehen wollen, mit Schlägen bedroht werden. Ist das freier Wille und kameradschaftliche Liebe? Können wir solchen Deuten unsere Sitzen geben? Wir beantworten diese Frage mit einem kräftigen Nein!!! Kameraden bedenkt was Ihr thut, wenn Ihr Euch dem alten Verband anschließt. Euer Wille ist gebunden, denn Ihr habt nur das als richtig anzuerkennen, was einige Nacher Euch vorschreiben. Wir können und wollen nur einen solchen Mann haben, der nicht von diesen Nachern abhängig ist, der für unsere Sache mit allen Kräften strebt, mit dem Ernst und Mut vorgeht. Wir rufen Euch nochmals zu, bedenkt morgen, was Ihr thut, wir können Euch nur zum Guten raten. Also, auf zum Kampf für unseren Kandidaten Petrich Holland! Wählen wir alle diesen Mann, dann wird der Sieg unser sein.

Mehrere Kameraden von Langenbochum und Scherlebeck. Dieses lächerliche „Flugblatt“ ist von einer ausgeprägten Hand geschrieben und mit einem Hektographenapparat, wie ihn die Schenke angeben und doch ist das Blatt öffentlich verbreitet worden! Das sollten wir einmal versuchen. Auf den lächerlichen Inhalt des Hektographenblattes einzugehen, ist nicht nöthig. Traurig genug, daß solcher Blödsinn noch giebt.

Entschieden müssen wir uns gegen die Annahme des Polenvereins in Bruch wenden, der eigene Nationalkandidaten aufstellt, und sich unter ihnen geeignete Kräfte finden, gerne polnische Kandidaten auf. Aber sie müssen in einem der beiden Verbände organisiert sein. Wohin sollte es kommen, wenn die „Nationalitätenfrage“ in rein bergmännliche Angelegenheiten eine Rolle spielen sollte! Dann kämen wir Knappschäftskandidaten, denn alle diese Nationen sind im Ruhrbecken vertreten, und noch einige dazu. Mögen die Nationen in geborenen politischen Vereinen ihr Recht suchen, in wirtschaftlichen Fragen gehören die Arbeiter alle zusammen! Wir haben seit 1898 und früher schon eine Anzahl polnischer Verbandsmitglieder als Mitglieder gewählt; wir machen da keinen Unterschied, nur die Loyalität entscheidet. Wenn die polnischen Kameraden sich von ihren Gewerkschaftspolen verheben lassen wollen, dann müssen sie die Folgen davon nicht zu den Maßregeln; um so eher war es möglich, eine Verhandlung herbeizuführen.

Das Resultat der Wahl wäre also: Von den 16 Gewählten (Alteste und Ersatzleute) 12 Oppositionelle, 1 Zweifelhafte und 3 Feindfreunde. Damit können wir zufrieden sein. Wird später überall die Einigungsparole der Verbandsvorstände befolgt, dann werden die „Mägen“ bald der Vergangenheit angehören.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Achtung Vertrauensleute! Dringend machen wir auf die in Nr. 40 des Verbandsorgans veröffentlichten **Bergpolizeiverordnungen** für Schlesien und das Ruhrgebiet aufmerksam. Bisher haben nur wenige Vertrauensleute uns mitgeteilt, ob die Verordnungen auf den Bezügen ihres Bezirks befolgt werden und was event. nicht befolgt wird. Wir erwarten nunmehr, daß alle Vertrauensleute ihre Pflicht thun und uns wahrheitsgemäßen Bericht erstatten.

Nur noch wenige Wochen und der Jahresabschluss ist da! Die Vertrauensleute, Zeitungsboten und Neujoisten machen wir aufmerksam auf genaue Befolgung des ihnen zugegangenen Zirkulars. **Die Jahresabrechnung darf keine Rückstände aufweisen!**

Achtung Berggewerbegerichtsbesitzer! Endlich sind wir in der Lage die angeklagten juristischen Vorträge halten zu lassen im Verein mit der Leitung des Gewerbevereins. Der erste Vortrag findet schon im November statt. Da uns die alte Liste abhandeln kam, so fordern wir **sämmtliche Arbeiterbesitzer** am Berggewerbegericht im **Ruhrbecken** auf, nochmals uns ihre genaue Adresse (Namen und Wohnort) **schleunigst** mitzutheilen. Zu den Vorträgen wird per Zirkular eingeladen. Wer uns seine Adresse nicht angiebt, kann keine Einladung erhalten. Wer uns seine Adresse giebt, im Interesse der Arbeiterchaft sich die für sein Amt als Arbeitervertreter unbedingt notwendigen juristischen Kenntnisse zu verewigen, der gebe **sofort** seine Adresse an. Die Vorträge werden unentgeltlich gehalten. Nach Vereinbarung mit dem Kameraden Brustvereins sind, ihre Adresse an uns senden, damit die Einladung schnell vollzogen wird.

Achtung! Urabstimmung! Leset jeder den ersten Artikel in dieser Nummer und befolge streng seine Anweisungen.

Mit kameradschaftlichem Gruß **Der Vorstand.**

Ein Arbeiterblatt über die 12000 M. des Herrn Bued.

Wie moralisch verkommen die deutsche Presse zum Theil ist, lehrt nachstehendes wörtliche Bittat aus einem Blatte, das im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erscheint. Das Blatt bespricht die Spende von 12000 M. (siehe Artikel: Kapital und Staatsregierung) und sagt dazu: „Wir betrachten, wie gesagt, als den schlimmsten Punkt in diesem Vorgange die Handhabe, welche den sozialdemokratischen Agitatoren geboten wird. Sie sagen nun und werden es bei jeder Gelegenheit wiederholen, daß die Regierung sich in den Dienst der kampfsüchtigen Intriganten gestellt habe. Eine Wiederaufnahme der Gesetzgebung dieser Art wird unweigerlich sehr erschwert werden.“

Also nicht daß die Regierung sich von den Scharfmachern die Agitation für die Zuschauersvorlage bezahlen ließ; nicht der enthaltene Stempel einer unehrlich parteilichen Regierung, die sich vor der ganzen Welt blamierte, ist für das erwähnte Blatt das Schlimmste! ? Bewahr! Das Schlimmste ist die Handhabe, die nun die sozialdemokratischen Agitatoren“ haben. Dem Blatte wäre es recht gewesen, wenn die Arbeiterfeindschaft der Regierung nicht enthielt wurde, denn nun — so behauptet das Organ — wird die Weberaufnahme der Gesetzgebung dieser Art“, d. h. die Anhebung der Arbeiter durch Zuschauersvorlage sehr „erschwert“!!! Kein bewußtes Scharfmacherblatt hat sich so selbst ausgedrückt.

Wie heißt dieses würdige Blatt??? Bergarbeiter hört es: Es ist die ultramontane „Essener Volkszeitung“ (Nr. vom 27. Oktober), die in so skandalöser Weise die moralische Zersumpfung der deutschen Presse offenbart! Die „Essener Volkszeitung“, das Organ, welches sich oft stolz ein „Arbeiterorgan“ nennt, sie behauptet, daß durch die Enthaltung der „Berg. Volksztg.“ die Zuschauersvorlage gegen die Arbeiter „erschwert“ wurde! Der Besitzer der „Essener Volkszeitung“ ist auch Drucker des „Bergknappen“, bezieht also jährlich viele 1000 Mark aus der Kasse des **Bergknappenvereins der Bergleute!** Auch die Existenz dieses Vereins war, wie der „Bergknappe“ damals ganz richtig hervorhob, von der Zuschauersvorlage bedroht. Und nun behauptet das Blatt der Herren Grebeben u. Köden die Erleichterung der Zuschauersvorlage. Bedauert, daß die Arbeitervereine aller Richtungen nicht getnebelt werden. Kameraden im Gewerbeverein, was sagt Ihr zu solchen Arbeiterfreunden, die noch dazu jährlich Tausende von Mark von Euch einheben!

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund. **Bochum.** Durch einen Kameraden wird uns soeben die Nachricht unterbreitet, daß durch eine Explosion schlagender Wetter am Samstag Nachmittag auf der Zeche „Karolinenglück“ die Gesteinarbeiter Schimmelpfennig und Tholen getödtet wurden. Neben einer der Leichen soll eine geöffnete Grubenlampe vorgefunden worden sein? — Unseren Kameraden ist die Zeche „Karolinenglück“ durch die entsetzliche Katastrophe vom 17. Februar 1898, welcher 116 Knapen zum Opfer fielen, in Erinnerung. Die Schuld an der damaligen der seine Wetterlampe geöffnet und dadurch die Wetter entzündet habe. Nun hat man wieder an der Unglücksstelle eine geöffnete Grubenlampe gefunden. Merkwürdig. Wir werden nähere Erkundigungen einziehen und vielleicht in nächster Nummer Genaueres berichten.

Erne. Trozdem vor- und nachher am Sonntag Nachmittag in Bonn'schen Saale Versammlungen stattfanden, war unsere Zahlstellersammlung gut besucht. Nach Beprechung mehrerer Zahlstellen- und Agitationsangelegenheiten, wurde nach eingehender Begründung des Vertrauensmannes beschlossen, auch für unsere Zahlstelle eine Bibliothek anzuschaffen. Zur Vertretung der Anschaffungskosten wurde beschlossen für die nächsten sechs Monate pro Monat hiervon auszuschließen. Die Steuer wird im Laufe des Monats von den Boten erhoben und erhält jeder eine Quittung. Der angekündigte Vortrag mußte leider wegen Zeitmangel ausfallen; es soll dafür am Allerheiligentage eine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Unter Berücksichtigung der bergpolizeilichen Vorschriften auf den Gruben zur Sprache und wurden die Kameraden ersucht, etwaige Mißstände dem Vertrauensmann oder der Redaktion d. Bzg. wahrheitsgetreu mitzutheilen. — Es sei darauf hingewiesen, daß während des Monats November jeden Sonntag Morgen von 11—1 Uhr, im Bonn'schen Lokale Beiträge entgegenommen werden.

Kaltenthal. Am 28. v. Mts. tagte im Saale des Herrn Schmale in Erone eine öffentliche Bergarbeiterversammlung, in welcher Knappschäftsanangelegenheiten erörtert wurden. Der Referent Müller erläuterte und begründete vor aufmerksamen Zuhörern in seiner ersten Rede die einzelnen Punkte des oppositionellen Programms. Der anschließende Knappschäftskomitee-Mitschenburg sowie die Kameraden Parzly und Müller beteiligten sich in eingehender Weise an der Diskussion und forderten zum Eintritt in den Verband auf, da nur eine starke Organisation im Stande sei, der Opposition im Knappschäftsbereich Kraft und Nachdruck zu verleihen. Alsdann sprach der Referent Müller über eine feindliche oder Regierung geplante Novelle zum Allgem. Preuß. Berggesetz Lit. VII, der vom Knappschäftsbereich handelt. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Alsdann nahm Kamerad Martin Engelbrecht die Gelegenheit wahr, die Agitationen der Saalabtreiber zu kritisieren. Seinen Worten wurde besondere Beachtung seitens des überwachenden Beamten geschenkt — „Aber nicht weiter!“ hört Engelbrecht sich zugerufen, worauf er erklärte, daß seine Behauptungen bewiesen werden könnten. Sodann ergrieff Müller nochmals das Wort, seine Ansicht über die zur Regel gewordene fähige Ueberwachung der Versammlungen darzulegen. Für Ruhe, Ordnung und Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften sorgten schon die Bergarbeiterversammlungen selbst. Aber einen besonderen Zweck hätte die polizeiliche Ueberwachung doch; denn die Beamten müßten auch Bericht über die Versammlungen erstatten und so erhielte die Regierung Kenntnis von dem Willen des Volkes. Es wäre daher wünschenswert, daß die Beamten sich fleißig Notizen machten. Auf einmal erscholl die Stimme eines der Beamten: „Ich löse die Versammlung auf!“ Allgemeines Erstaunen rief dieses ungewöhnliche Auftreten der Polizei hervor. — Es ist dringend erforderlich, den Beamten in den Versammlungen nur das vorgesehene Recht, das an bestimmt und klar beschriebene Vorkommnisse geknüpft sein muß, dadurch erlangen. So wie die Dinge jetzt liegen, ist jede Versammlung dem Ermessen der überwachenden Beamten preisgegeben. Eine Beschwerde gegen deren Willkür hat praktisch keinen Erfolg.

Schalte. Auf Zeche „Consolidation“ Schacht I und II herrschten bei der Ueutförderung nicht die schönsten Zustände, diese sind aber auf Anregung der „Bergarbeiterzeitung“ beseitigt. Hoffentlich werden auch die Zustände in der Waschklaue, der Mangel an Raum zum Ankleiden noch gebessert. Es müssen sich auf einer Bank von 4 Mtr. Länge 76 Mann umkleiden, wie das möglich ist davon kann sich jeder leicht ein Bild machen; es liegen die Kleidungsstücke hoch aufgeschüttet und ist es oft fast nicht möglich, daß jeder sein eigenes Zeug wieder finden kann. Auch wird manches Kleidungsstück gestohlen.

Wormholz; Durchholz. Von hier schreibt uns eine Bergmannsmittwe: „Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Knappschäftskomitee-Fachlehrer in Durchholz sich für mich um die Rückzahlung der von meinem verstorbenen Manne gezahlten Reichsinvalidenträge erfolgreich verwandt hat. Derselbe, 38,70 Mtk. betragend, stand mir schon im Jahre 1896, gleich nach dem Tode meines Mannes, zu, aber Niemand hatte mir davon in Kenntnis gesetzt, als jetzt erst der Knappschäftskomitee-Fachlehrer, dem ich an dieser Stelle für seine Bemühungen bestens danke.“ Wir haben diese Schrift aufgenommen, nicht um dem Letzteren Fachlehrer besonders für diese Bemühungen zu loben, wir wissen, er würde sich solches auch schonstens verbitten, denn solche Mißhandlungen verhehlen sich von einem pflichtbewußten Arbeitervertreter einfach von selbst. Aber dieser Fall ist besonders geeignet, den Bergarbeiterfrauen zu zeigen, wie nötig es für sie ist, wenn die Männer stets solche Arbeitervertreter wählen, die sich ihrer Aufgabe auch vollkommen bewußt sind und dieselbe auch mit dem nötigen Fleiß erfüllen. Daher müssen denn auch die Bergarbeiterfrauen ihre Männer stets an ihre diesbezügliche Pflicht ermahnen, anstatt, wie es leider so vielfach geschieht, sie davon zurückzuhalten. Denn die Interessen der Bergarbeiter selbst sind auch diejenigen der Bergarbeiterfrauen.

Recklinghausen. Thierquälereien. Auf der Zeche „Kunnenenthal“ finden nach uns zugegangenen Berichten abscheuliche Mißhandlungen der Grubenpferde statt und zwar hauptsächlich auf Schacht III und IV. Die Pferde werden vor der schweren Last von 7—8 Stein- und Kohlenwagen so übermäßig angetrieben, daß einem Menschen der Verstand dabei vergeht. Schon auf große Entfernungen gehen Förderaufseher und Einwechsler mit „Spizen“ und Knüppeln entgegen, und so hört man denn weithin die wuchtigen Schreie auf die Thiere niederfallen. Am Schachte angekommen, stellen dann die Pferde fast athemlos und wie in Schweiß gebadet da. Der Aufseher und die Einwechsler machen sich die Arbeit sehr bequem und lassen den Zug mit voller Gewalt an den Schacht heranprallen, damit sie keine Wagen losknäueln und einzeln auszuwechseln brauchen. Dieses Anprallen der Rüge geschieht manchmal mit solcher Wucht, daß der Schacht dadurch rührt wird. Durch das heftige Anprallen werden die Gitter, Schachtpforten usw. zertrümmert, sodas dann zu deren Reparatur oftmals längere Zeit die Förderung eingestellt werden muß, worüber sich dann die Schachtarbeiter bitterst empfinden nicht ärgern. Obwohl dieses heftige Fahren vom Betriebsführer streng verboten ist, so wird doch darauf gar nicht geachtet. Führt der Einfahrer oder der Betriebsführer ein, so wird vom Tage nach unten „Achtung“ angeklappt und jeder weiß dann Bescheid; die Thierquälerei verstecken ihre Knüppel usw.; die Fahrer kommen langsam angefahren, die Wagen werden einzeln rangirt, sind aber die Herren wieder fort, so geht die sinnlose Peise und Thierquälerei wieder los. Die Herren Steiger sehen das alles, aber wenden nichts dagegen ein. Diese sollen ja für möglichst viele Kohlen sorgen und da kommt es denn auf ein „bischen“ Thier- oder Menschenquälerei nicht an. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die unter den Pferden ausgebrochene schnelle Fahren wird aber oftmals viel mehr Zeit verfaßt, wie bei ruhigem Tempo; denn wie leicht und oft karambolieren solche schnell fahrenden Pferdezüge. Warum denn nicht mit Ruhe und Besonnenheit gearbeitet und dadurch auch Pferde und Menschen zu schonen. Obwohl die „Bergarbeiterzeitung“ ein Organ zur Vertretung der Arbeiter

Interessen ist, so stehen wir doch nicht an, vorkommende Ungehörlichkeiten von Arbeitern auf das Entschiedenste zu rügen. Es ist uns zwar be...

Barop. Eine von stark 400 Personen besuchte Bergarbeiter-versammlung tagte hier selbst am Sonntag, den 21. Oktober im...

Garnab. Auf der hiesigen Zeche „Matthias Stinnes“ verbrachte vor einigen Tagen im Revier des Stöiglers Kipper, Flöß, V...

Sting. Ein Nachspiel zu der Bewegung der Ruhrbergleute in diesem Frühjahr vollzog sich am 23. Oktober vor der Dortmund-er...

Hannover und Braunschweig.

Selmstedt. Die letzte Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhalle war sehr gut besucht. Kamerad Burghard erläuterte in...

Stadthagen. Unter den Bergarbeitern des hiesigen Bezirks zeigte sich seit einiger Zeit das Bestreben, sich einer Organisation anzuschließen, um ihre Lage zu verbessern. Schon seit einigen Jahren...

Die selten zum Wohle der letzteren gereichen. Herrn Reinert und Genossen kommt es bei der Gründung einer Zählstelle in Stadthagen nur...

Provinz Sachsen und Thüringen.

Zielenzig (Brandenburg). Hier legte am Montag den 15. Oktober die gesammelte Belegschaft der hiesigen Braunkohlegrube die Arbeit nieder. Ursache war die plötzliche Entlassung unseres Vertrauensmannes...

Borne. Seit kurzer Zeit ist auf der Zeche „Henriette“ bei Unseburg in der Bekimbe ein Plakat ausgehängt, wonach demjenigen 50 Mark Belohnung zugesichert werden, der Fremden zur Anzeige bringt, der im Betrieb zu hören, an der Förderung „Galt“ Kopft...

Amendorf. Obwohl der letzte Streit im Winter für die Belegschaft der Grube „von der Heydt“ einen günstigen Ausfall hatte, wollte es scheinen, als ob die Grubenverwaltung die Böhne soweit wie möglich wieder zu kürzen versuchte. Deshalb beriefen die Kameraden...

Zsch. bei Hohenstein. Am 15. Oktober verunglückte auf der Grube „Frenn“ bei Hohenstein der Jahrgauer Wilsdorf und der Fördermann H. Arnold durch hereinfallende Sandmassen. Die Verunglückten konnten erst nach 10 resp. 60stündiger angestrengter Rettungsarbeit, leider aber nur als Leichen, geborgen werden...

Halle. Ausschneiden! Öffentliche Versammlungen sind nicht an die Polizeistunde gebunden. So lautet eine Entscheidung, die in einer Klage gegen den Kameraden Polorny von Landgericht zu Magdeburg gefällt wurde. Der Sachverhalt des Prozesses war folgender: Am 24. Mai d. J. Abends 8 1/2 Uhr, fand im Wiesener Lager Lokale zu Staffurt eine öffentliche Versammlung...

Vorstrafen eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Der zufällig in der Verhandlung anwesende Rechtsanwalt Herr Landberg aus Magdeburg übernahm im Einverständnis von Polorny die Vertretung. Herr Landberg ersuchte um Freisprechung und führte aus, die Anordnung der Obrigkeit könne nur darin gefunden werden, daß der übernehmende Polizeibeamte den Vorstößen aufforderte, die Versammlung nicht über 11 Uhr tagen zu lassen. Der § 110 des Str.-G.-B. verbot unter Obwägung eine Verhinderung, die im gewissen Umfang eine selbsttätige Regierungsgewalt ausübt. Der Polizeibeamte war hier der Untergebene des Chefs der Polizeiverwaltung gewesen und nicht der Befehlshaber der Anordnungen zu erteilen. Die Anordnungen der Polizeibehörde gewöhnlich nur dann den Gehör, wenn sie von der Polizeiverwaltung erteilt worden seien. Die Polizei sei auf Verlangen innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassen. Die Versammlung um 11 Uhr zu schließen. Das Vereinsgesetz treffe keine Bestimmung, wie lange eine Versammlung zusammen bleiben dürfe. Eine Polizeistunde sei nicht vorgegeben und die Polizei sei daher nicht befugt, Versammlungen beim Vereinen vorzuschreiben, bis zu welcher Stunde sie zusammen bleiben dürfen. Der Angeklagte habe auch den subjektiven sie zusammen bleiben dürfen. Der Angeklagte in Frage komme, nicht gekannt. Der Gerichtshof schloß sich nach längerer Beratung dem Ansinnen des Verteidigers an und erkannte auf Freisprechung. Der § 110 des Str.-G.-B. komme in Frage, wenn der Angeklagte öffentlich zum Ungehörig gegen eine rechtmäßige Verordnung öffentlich zum Ungehörig aufgefordert habe. Dies sei aber gegen eine Anordnung der Obrigkeit aufgefordert habe. Dies sei nicht der Fall. Die Festsetzung der Polizeistunde beziehe sich nur auf den Schankverkehr und nicht auf eine öffentliche Versammlung. Die Polizeiverordnung vom 13. März 1888 komme da nicht in Betracht.

Königreich Sachsen.

Zwickau. Die Beileidigungsklage des Kameraden Polorny gegen das „Zwickauer Wochenblatt“ sollte am Sonnabend, den 27. Okt. vor dem hiesigen Schöffengerichte stattfinden. Der Termin ist aber verlagert worden, weil auf Verlangen des Beklagten Rudolf Quandel als Zeuge vorgeladen werden soll. Sollte Rudolf sich nicht wegen der weiten Entfernung von persönlichen Erbsünden entbinden lassen, so wollen die hiesigen Kameraden eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung einberufen, um Rudolf Gelegenheit zu geben, hier vor aller Welt zu behaupten, daß die Verbandsleiter die „größten Gallanten“ des Jahrbuchers sind. Die Beweisaufnahme wird dem Quandel, wie längst bekannt, nicht schwer fallen. Na, wie's auch kommen wird, Rudolf Quandel hat es verstanden, seinem Mitstreiter in Zwickau etwas in die Suppe zu brocken, das auszuessen, nicht gerade Vergnügen bereitet. Vielleicht findet Rudolf einen Ausweg. Wir wollen hier heute schon vorarbeiten, wenn der Schriftleiter des hiesigen „Wochenblatts“ die Beweisaufnahme, wie er sie in der Untersuchung protokolllarisch abgegeben, aufrecht erhält, der Meistfall sich noch besser gestalten wird. Arms Leute sind es, die sich an den Krusten eines Quandel vollgefogen. Ja, ja, auch einem Feger reißt der Geduldsfaden. Wie mag's dem Schriftleiter des Wochenblattes zu Muthe sein? Samuel Quandel, hilf!

Gr.-Hölzig. Als Kamerad Polorny um seinen Besuch kürzlich ankündigte, da hatten es sich die Kameraden nicht nehmen lassen, von weit und breit zu erklären, sie sich mit dem Feger bekannt zu machen. Wohl 60 Kameraden waren zusammengekommen, leider traf B. erst 10 Uhr Abends ein und so währte das Zusammensein nicht lange. Nun ist es die hiesige Behörde, die eifrig Umschau hält, ob die Zusammenkunft sich mit Fragen beschäftigt, die auf Grund des Vereinsgesetzes strafbar wären. Wir können an dieser Stelle nur sagen, daß die Unterhaltung so harmlos war, daß auch das größte Polizeigenie nicht im Stande sein wird, eine strafbare Handlung herauszufinden. Jede Tätigkeit, das Entgegengekehrte herauszufinden, wird erfolglos sein. Man braucht sich nur an die Abgeordneten der Gruben wenden und man wird zu hören bekommen, daß B. mit großer Appetit sein Abendbrot verzehrt und den Kameraden das Bier vorzutrefflich mündete. Also nicht über die Stränge schlagen. Am besten wäre es, man läte auf die Wirthe weniger Druck aus, damit der Arbeiterpflicht Säle zur Abhaltung der Versammlungen zur Verfügung stehen. Vielleicht wird man von gewisser Seite aus dieses Verlangen in Erwägung ziehen. Wir sind dann gewillt, nur in Massen in Versammlungen zu erscheinen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Nieder-Hermsdorf. Glückhiff, und Friedenshoffnungsgarbe. Trozdem das Kohlengeschäft hier noch sehr flott geht und die Bergleute nicht genug Uebersichten und Förderbeschäftigten verfabren können, trotzdem dieses Jahr selbst ganz alte Borräthe, die schon werthlos waren, als Anhaltspunkt verkauft wurden, hat es doch den Anschein, als wäre gar keine Nachfrage nach Kohlen, so wäherlich ist man seitens der oberen Beamteten. Neuerdings hat man ein Strafgeset eingeführt, nach welchem die Bergarbeiter für jeden Wagen (8 Str.) mit 10 Pfg. bestraft werden, in welchem auch nur ein Plättchen Stein oder Berg gefunden wird und da ist es vorgekommen, daß einzelne Positionen 40-50 mal mit 10 Pfg. pro Schicht zur Strafe gemeldet wurden. Man bedenke, 10 Pfg. Strafe für jeden Wagen indem auch nur ein Plättchen gefunden wird. Das war denn doch den gumüthigen Schließern zu stark, zumal es Positionen (Kameradschaften) giebt, die beispielsweise erst gar nicht 10 Pfg. pro Wagen Arbeitslohn erhalten. Begreiflicherweise machte sich deshalb eine große Wäherung unter den Arbeitern bemerkbar und es hätte nicht viel gefehlt, so wären die Belegschaften nicht mehr eingefahren. Wie wir erfahren, soll seitens der Verwaltung eintheilen von diesem Strafsystem Abstand genommen sein. Ob auf die Dauer, bleibt abzuwarten. Die Grubenbesitzer sind halt eben allenthalben „arbeiterfreundlich“.

Werrth. Hier fand am Sonntag, den 14. Oktober eine öffentliche Berg- und Hüttenarbeiter-Versammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Kamerad Polorny referirte über: Die Lage der deutschen Bergarbeiter. Das seine Ausführungen die anwesenden Bergarbeiter begreifen, beweist der reiche Beifall, der dem Redner gesendet. In der Diskussion wurde bemerkt, vorläufig von der Gründung einer Zählstelle abzusehen, jedoch weitere Schritte zu unternehmen, um der Gründung der Zählstelle vorzuarbeiten.

Wüstung Oberschlesien. In Baurahütte ist es vorgekommen, daß Polizeibeamte in die Häuser gekommen sind und von Personen, von denen sie annahmen, daß sie unsere Zeitung lesen, die Vorlegung (oder gar die Herausgabe?) unserer Zeitung verlangt haben. Wir machen unsere Mitglieder in Baurahütte und Umgegend darauf aufmerksam, daß sie es natürlich nicht im geringsten notwendig haben, solchen Wünschen oder Fororderungen von Polizeibeamten nachzugeben. Vielmehr haben sie das unabweisliche Recht, derartig auftrübende Beamte aus dem Hause bezw. aus der Wohnung zu weisen und sie wegen Hausfriedensbruchs anzuzeigen, falls sie der Weisung nicht sofort nachkommen. — Möge man sich darnach richten, dann wird die Schmach nicht aufhören.

Briefkasten.

Dornerger. Können Bekanntes dort behalten. Betrag später einsehen. Meyer.
Räthein. Nein. Versuche, ob es Dir gelingt wieder in Deine alten Rechte zu gelangen. Hierzu muß Dr. Antrag an den Vorstand stellen.
Marzloch. Nr. 52. Nein! Sobald ein Versicherungssüchtiger Rente bezieht, dann kann er keine Rückzahlung verlangen. Die Hinterlassenen eines plötzlich Verstorbenen, der Rente noch nicht bezogen, können die Hälfte der von Verstorbenen in die Invaliditäts- und Altersversicherungskasse eingezahlten Beiträge zurückverlangen.
W. St. Fulcrum. Eine oberbergamtliche Vorchrift fehlt. Gräß! M.
Sichholz. 5. Klaff zahlte ausgelegte Kosten mit 69 Mark 40 Pfg. zurück.
Wogum, den 29. Oktober 1900. J. Meyer.
W. Rochkold. Deiner Ansicht bezüglich des Generalschaftsballes können wir in diesem Falle nicht beitreten. Freilich ist der Zweck der Organisation nicht der, den einzelnen Grubenbeamten stets nur mit scheuen Augen anzusehen. Werkbeamte sollen behandelt werden, wie sie es verdienen. Was nun den Dir angegriffenen Artikel angeht, so stimmen wir dem Verfasser vollkommen bei, wenn er verlangt, daß die Grubenverwaltung vor allen Dingen für ordentliche sanitäre Zustände sorgen möge, zu deren Gunsten jeder vernünftige Arbeiter wohl ganz bestimmt lieber mal auf einen Generalschaftsballe verzichtet, wenn er dessen Kosten selbst nicht bezahlen kann. Die Redaktion.

